

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizelle 40 Pfg.

Nummer 8.

Berlin, den 20. Februar 1910.

11. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Erfordernisse der Zeit. — Unfallstatistik und Rechnungsergebnisse der Baugewerks-Berufsgenossenschaften. — Einzelheiten aus den Feststellungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. — Die Baukunst einst und jetzt. — Rundschau: Die Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberzeitung und Tariftreue. Ausländische Arbeiter in Deutschland. Wer war der Demagoge? Die Substationen in Berlin und 29 Vororten. Girsch-Dunderferche „Erfolge“. Sie kennen sich! Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft für paritätische Arbeitsnachweise. Die Bauartigkeit 1910. — Wirtschaftliche Bewegung. — Jahresbericht des Bezirks Berlin. — Jahresbericht des Bezirks Kattowitz. — Verbandsnachrichten: Essen, Berlin, Aachen, Ullendorf, Augsburg, Düsseldorf, Epp. Erbach, Essen, Gelsenkirchen, Gieselsdorf, Georgenwerl, Goshüh, Günterode, Hannover, Hofenfeld, Höttingen, Ingolstadt, Irheim, Krefeld-Berberg, Kreuzendorf, M. Glabbach, Melle, Mühlhausen, Neustadt, Oberrod, Rhumspringe, Röhlein, Schneidemühl, Schönlanke. — „Ein christlicher Demagoge“. — Die Bundesratsverordnung für die Großindustrie. — Soziale Rechtsprechung. — Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten. — Literarisches. — Berichtigung. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.**

## Erfordernisse der Zeit.

Vorüber ist nun der Karnevalsstapel und der Ernst des Lebens tritt wieder mit seiner ganzen Wucht vor uns. Der Zeitpunkt kommt immer näher, wo die bestehenden Tarifverträge ablaufen, ohne daß Aussicht bestünde, bis dahin eine Erneuerung in annehmbarer Weise zu treffen. Wir legen uns mit Recht die Frage vor, was dann, wenn uns dies nicht gelingt.

Wir brauchen wohl nicht zu betonen oder des näheren darzulegen, daß unser Wunsch dahingehet, die augenblickliche Bewegung in Frieden zu erledigen. Wir sehnen uns nicht nach einem Kampf, von dem man ja immerhin nicht wissen kann, wie er ausgeht. Aber auch grundsätzlich ziehen wir den Frieden vor; beiden Seiten ist damit am besten gebient. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß wir ihn um jeden Preis wollen. Als wirtschaftliche Interessenvertretung der christlichen Bauarbeiter Deutschlands tragen wir die Verantwortung für deren nachdrücklichste Durchführung: Die volle Gleichberechtigung im freien Arbeitsvertrage, eine Entlohnung, die im Hinblick auf die allgemeine Lage und die des Baugewerbes im besonderen, sowie der Lebensverhältnisse als billig bezeichnet werden muß. Jene Würde des Arbeiters zu wahren oder zu erringen, die seiner Bedeutung im neuzeitlichen Produktionsprozeß, als Staatsbürger und als Mensch entspricht.

Die uns bekannt gewordenen Pläne und Absichten des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe sind damit nicht in Einklang zu bringen. Ihre Verwirklichung würde eine bedeutende Verschlechterung des bestehenden Zustandes für die Arbeiter bedeuten. Eine einseitige Machtverschiebung zugunsten der Arbeitgeber, wofür kein Recht geltend gemacht werden kann. Wir machen niemand freiwillig, Forderungen irgendwelcher Art zu erheben, auch den Arbeitgebern nicht. Das hat auch sein Gutes, da die innerste Dergensmeinung dadurch offenkundig wird, die uns die Wege angibt, die gegangen werden müssen, um Schlimmes zu verhindern. Und die Arbeitgeber des Baugewerbes scheinen nicht ihre Forderungen gestellt zu haben, um sie später wieder zurückzuziehen, vielmehr tritt offensichtlich der Wille zu ihrer Durchführung ins Auge. Ihre letzten offiziellen Veröffentlichungen sind von einem starken Machtgefühl getragen, die bestehende Einigkeit wird hervorgehoben, besonders die der Bundesleitung. Das braucht gewiß nicht alles als bare Münze hingenommen zu werden; Erscheinungen bei einzelnen örtlichen Verhandlungen bestätigen das. Kein Grund aber kann und darf dies sein, um die Lage optimistisch zu beurteilen, wie sie wirklich ist. Wir halten uns an die Neußerungen der Bundesleitung und richten uns danach. Am 24. und 25. Februar findet in Straßburg die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe statt, die Stellung zu der Bewegung nehmen soll. Auch hält die Bundesleitung für sich selbst eine Klärung notwendig. Nach dieser Generalversammlung werden die zentralen Verhandlungen wieder eröffnet werden, und die Ereignisse in kurzen Zwischenschlägen ihren Gang nehmen. Heute schon ist die den Arbeitern feindlich gesinnte Scharfmacherpresse an der Arbeit, um die Chancen eines Kampfes abzumessen und die Öffentlichkeit gegen die Arbeiter einzunehmen. Angeblich wegen deren hohen Forderungen; dabei haben wir überhaupt noch keine solche gestellt. Ein weiterer Zweck dieser Übung ist, die Großindustrie für die Bauunternehmer zu animieren, sie soll im Falle eines Kampfes die fehlenden Mittel aufbringen.

Vielfach tritt nun unter den Arbeitern die Meinung auf, das sei alles nicht so schlimm, wie es von den Verbandsfunktionären dargestellt würde. Im letzten Moment käme es doch noch zu einer friedlichen Einigung, andere Kreise würden sich ins Mittel legen, um einen so folgenschweren Kampf zu verhüten usw. Man beruft sich da auf frühere Erfahrungen und zieht zuletzt auf die Lohnbewegung von 1908. Wie wir bereits sagten, wäre eine friedliche Lösung auch uns am angenehmsten. Aber keine Regel ohne

Ausnahme. Der freien Entscheidung beider Teile ist es vorbehalten, diesen oder jenen Weg einzuschlagen. Bleiben die Unternehmer auf ihren Forderungen bestehen, ist er uns klar vorgezeichnet. Es birgt daher eine eminente Gefahr in sich, sich auf Gedanken wie die hier hervorgehobenen überhaupt einzulassen. Nicht nur die Vorbereitungen für die äußersten Eventualitäten müssen darunter leiden, sondern auch die Schlagfertigkeit im Kampfe selbst. Nichts ist gefährlicher als ein Sichgehenlassen. Nur das zielbewusste, von Ueberzeugung getragene Vorgehen, verbirgt den Erfolg.

Die sozialdemokratischen Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter, die soeben ihre Generalversammlung in Leipzig abhielten, haben beschlossen, ihre Beiträge in entsprechender Weise zu erhöhen. Die Maurer zahlen vom 1. März ab dauernd einen um 10 Pfg. höheren Wochenbeitrag wie bisher, die Bauhilfsarbeiter zahlen für die Zeit der Lohnbewegung einen doppelten Wochenbeitrag. Der soziald. Zimmerverband hat die Erhebung eines Extrabeitrages von 1,50 bis 3 M zum Streifonds ausgeschrieben. Der „freie“ Stukkaturverband erhebt einen Extrabeitrag von 1 M pro Woche, ebenso die Vergarbeiter- und Holzarbeiterverbände gleicher Richtung. Auch der christliche Holzarbeiterverband erhebt Extrabeiträge, da die Differenzen im Holzgewerbe noch nicht behoben sind. Daraus geht hervor, wie ernst die Lage in jenen Verbänden angesehen wird. Das nennt man vorbeugende Arbeit, mag es dann kommen wie es will, sie sind gerüstet. Die Konsequenzen ergeben sich für uns daraus von selber.

Worauf es ferner ankommt ist, die Agitation mit verstärktem Eifer aufzunehmen. Die Bauartigkeit setzt jetzt allmählich scharfer ein, die abwandernden Kollegen suchten sich, soweit sie nicht in ihre alten Arbeitsstellen zurückkehren, neue auf. Setzen wir daher mit Umsicht und Lastrast ein. Die gegenwärtige Lage und die veränderten günstigeren Konjunkturverhältnisse dürften gute Dienste dabei leisten. Machen wir den abseitsstehenden Kollegen klar, daß es ihre Pflicht ist, mit uns in Reih und Glied zu stehen. Daß ihre Arbeiterehre sie dazu zwingt und daß ohne gewerkschaftliche Organisation keine Vertretung der Arbeiterforderungen möglich ist.

Gehen wir ernsthaft an die Arbeit. Zeigen wir noch einmal den alten Feuergeist, der vor keiner Mühe und keinem Opfer zurückschreckt. In freiwilliger Hingebung müssen wir die Opfer bringen, die unser Stand von uns fordert. Bis heute waren sie nicht vergebens, und so soll es auch in Zukunft gehalten sein. Laßt den großen Moment kein kleines Geschlecht finden.

## Unfallstatistik und Rechnungsergebnisse der Baugewerks-Berufsgenossenschaften.

IV.

### Württembergische Baugewerks-B. u. G.

Jahr	Zahl der		Löhne und Gehälter	
	Betriebe	Versicherten	insgesamt	pro Kopf
1908:	9459	31 493	34 880 809	1107,57
1907:	9525	33 755	37 067 281	1098,12
1906:	9350	34 398	36 471 003	1002,12
1905:	9304	33 048	33 647 264	1018,13

Die Unfallziffern sind gegen das Vorjahr gestiegen von 44,82 auf 47,06 pro 1000 Vollarbeiter. Absolut kamen 1482 Unfälle vor, davon 39 mit tödlichem Verlaufe; 275 hatten eine dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Die beiden technischen Aufsichtsbeamten stellen viele Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften fest. Sie fanden namentlich viele mangelhafte Rüstungen, fehlende oder unzureichend angebrachte Schutzhilfen, mangelhafte Gebälkbedeckungen, die Verwendung schlechter Leitern usw. Strafen wurden beantragt gegen 144 Unternehmer und gegen 18 Arbeiter. Von den gemeldeten Unfällen sind 529 zum ersten Male entschädigungspflichtig geworden. Die Zahl sämtlicher Rentenbezieher betrug 1908 3754. Renten wurden bezahlt an die Verletzten 464 520 Mark, an die Hinterbliebenen 112 992 M. Verwaltungskosten waren 75 500 M, Reservefonds 1 715 048 M.

### Bayerische Baugewerks-B. u. G.

Jahr	Zahl der		Löhne und Gehälter	
	Betriebe	Versicherten	insgesamt	pro Kopf
1908:	13 702	74 962	81 227 398	1083,59
1907:	13 427	75 244	82 409 238	1095,22
1906:	13 545	67 109	72 259 768	1073,73
1905:	13 187	71 925	67 598 360	939,84

Wenn man die Stiefbauergewerkschaft außer Betracht läßt, so sind die Betriebe dieser Gewerkschaft am meisten mit Unfällen belastet. Auf 1000 Vollarbeiter kamen im Jahre 1908 76,12 Unfälle, in absoluter Zahl 5706. 72 Unfälle waren tödlich, 17 hatten eine dauernd völlige, 327 eine dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Die Berufsgenossenschaft hat 11 technische Beamte, die neben der Baukontrolle auch Rechnungsdienste zu machen haben. Sie beklagen es, daß eine richtige Baukontrolle oft nicht möglich ist, weil sie erst nach Fertig-

stellung des Baues von diesem Kenntnis erhalten. Von den Unternehmern gebe es manche, die der Unfallverhütung ein nicht genügendes Augenmerk zuwandten. Bei der Kontrolle der Regiebauten fehlten Unternehmer und Arbeiter den Beamten oft passiven Widerstand entgegen. Die Unternehmer versündigten sich insbesondere gegen die Vorschrift betreffend Aushang der Unfallverhütungsvorschriften. Fast alle Uebertretungen der Arbeitnehmer seien schwerer und solche, die unmittelbare Gefahr für das Leben des Arbeiters selbst oder seiner Mitarbeiter mit sich bringen. Hier sei festzustellen: die Unterlassung der Ueberdeckung von Dächern, der Anbringung von Brustweh... und andere derartige Verletzungen, trotzdem genügendes Material und Zeit zur Anbringung der Schutzhilfen vorhanden wäre, die Unterlassung des Anhaltens, trotzdem die Arbeiter Gürtel und Seile zur Verfügung haben, ferner leichtfertiges Hantieren mit gefährlichen Werkzeugen, Herunterwerfen von Gegenständen ohne entsprechende Sicherheitsvorkehrungen, und ähnliche Verstöße mehr.

Die Zahl der Rentenbezieher betrug 1908 insgesamt 9871. Für Kosten des Heilverfahrens, Renten an Verletzte und Abfindungen wurden 1 531 219 M ausbezahlt. Die Witwen, Kinder und Entel getöteter Arbeiter erhielten 341 509 M. Für Verwaltungskosten mußten 2,35 M pro Vollarbeiter, im ganzen 265 378 M aufgebracht werden. Der Reservefonds enthält 4 954 396 M.

### Südwestliche Baugewerks-B. u. G.

Jahr	Zahl der		Löhne und Gehälter	
	Betriebe	Versicherten	insgesamt	pro Kopf
1908:	12 627	49 115	60 941 933	1240,55
1907:	12 531	54 781	66 333 912	1210,88
1906:	12 407	57 453	66 745 156	1161,73
1905:	12 001	55 416	61 154 327	1103,55

Die Zahl der Unfälle ist von 58,83 im Jahre 1907 auf 62,59 pro 1000 Vollarbeiter im Jahre 1908 gestiegen. Insgesamt kamen 3074 Unfälle zur Anzeige. An den Folgen der Verletzungen starben 43 Arbeiter, 8 blieben dauernd völlig, 172 dauernd teilweise erwerbsbeschränkt. Ueber die Ursachen der Unfälle äußern sich die Beamten der Berufsgenossenschaften wie folgt:

Ein großer Teil der Unfälle ist auf die allgemeineren Gefahren des Baubetriebes zurückzuführen; überwiegend finden jedoch die Unfälle ihre Ursache in der Unachtsamkeit und Unachtsamkeit sowie der Sorglosigkeit (Missachtung der Gefahr) der Arbeiter, letzteres besonders seitens der jüngeren Arbeiter. Zum kleineren Teile trifft das Verschulden die Betriebsunternehmer, die nicht immer das erforderliche Aufsichtspersonal auf den Baustellen haben oder es an Quantität und Qualität des Rüstmaterials fehlen lassen, oder die, wenn sie von anderen Meistern hergestellte und schon benützte Gerüste für ihre Zwecke verwenden wollen, diese Gerüste vor dem Gebrauch auf ihre Beschaffenheit und Tragfähigkeit nicht untersuchen lassen. Eine weitere Ursache von Unfällen liegt in dem häufigen Arbeiterwechsel und in der Beschäftigung von ungeübten und zu schweren Arbeiten ungeeigneten Leuten zu Zeiten der Hochkonjunktur. Ueber Unfälle als direkte Folge von übermäßigem Alkoholgenuss ließ sich nichts nachweisen; indessen findet die Vorschrift, wonach der Genuß geistiger Getränke während der Arbeitszeit verboten ist, noch keine allgemeine Anerkennung.

Von den verletzten Personen erhielten 732 im Laufe des Rechnungsjahres zum ersten Male Entschädigungen bezahlt. Die Gesamtzahl der Rentenbezieher betrug 4855. Es erhielten die Verletzten 818 434 M, die Hinterbliebenen 174 469 M. Verwaltungskosten waren 104 264, der Reservefonds beträgt 2 614 023 M.

Als letzte der hier in Frage kommenden Genossenschaften folgt nun die

### Stiefbau-Berufsgenossenschaft.

Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der ihr zugehörigen Betriebe zurückgegangen; die Versicherten (Vollarbeiter) haben zugenommen.

Jahr	Zahl der		Löhne u. Gehälter	
	Betriebe	Versicherten	insgesamt	pro Kopf
1908:	17 277	172 291	203 741 692	1182,48
1907:	18 627	165 447	191 488 393	1157,41
1906:	18 490	152 876	170 045 871	1112,58
1905:	16 404	141 109	150 070 085	1063,50

Im Bereiche der Stiefbauergewerkschaft sind 1908 die meisten Unglücksfälle vorgekommen; auch die Steigerung derselben ist auffallend groß. Während 1907 auf 1000 Vollarbeiter 77,44 Unfälle kamen, waren es 1908 89,18. Die Akkordarbeit und die im letzten Jahre scharf aufretende Konkurrenz hat zur Erhöhung der Unfallziffern beigetragen. In dem Berichte der Berufsgenossenschaft heißt es diesbezüglich:

Durch den Niedergang der Arbeitsbelegenheit im Hochbaugewerbe ist den Stiefbauunternehmern durch die Baugewerke eine scharfe Konkurrenz bei Kanal-, Gas- und Wasserleitungsarbeiten erwachsen. In der Tat können die Stiefbauunternehmer, die nach den §§ 88 und 89 unserer Unfallverhütungsvorschriften bei Tiefe der Rohgrabnen von 1,25 Metern mit Saumböhlen und Absteifungen arbeiten, und die natürlich die Kosten hierfür auf

Ihre Preise schlagen müssen, mit den Baugewerken, die sich um diese Vorschriften nicht kümmern, auch nicht mit Erfolg in Wettbewerb treten. Das Ende ist, daß sie ebenfalls die Absteifungen unterlassen. Hierzu berichtet der Aufsichtsbeamte des Bezirks VI, daß es ihm gelungen sei, das Königlich Bayerische Wasserwerk-Bureau in München zu veranlassen, die Preise für Grabarbeiten in den Voranschlägen mit Rücksicht auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften um 30 Prozent zu erhöhen und die örtlichen Organe anzuweisen, auf genaue Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu achten. Auch aus den Berichten der anderen technischen Aufsichtsbeamten geht hervor, daß die Vergütung der Arbeiter im öffentlichen Ausschreibungsverfahren an den Unternehmer, der das billigste Angebot stellt, mit die Hauptursache für mangelhafte Bauausführung und damit zugleich die Hauptquelle für Unfälle ist. Gleichwohl wird nicht verkannt, daß die seit Jahren geschehenen Hinweise hierauf immerhin schon einen gewissen Erfolg erzielt haben, indem bei Vergütung öffentlicher Arbeiten doch mehr und mehr auf bewährte und sachkundige Unternehmer, auch wenn sie nicht die billigsten sind, Rücksicht genommen wird. Eine weitere Quelle von Unfällen wird in dem stetigen Zuzug von neuen Unternehmern, Beamten und Schachtmeistern gesehen.

Es wird sodann noch betont, daß die Ausführung von Arbeiten mit völlig ungelerten Arbeitern dazu beitrage, die Zahl der Unfälle zu steigern.

Die absolute, im Jahre 1908 zur Anmeldung gelangte Zahl der Unfälle ist 15365. Davon erhielten 2404 Entschädigungen. Im ganzen waren es 14402 Verletzte, welche im Jahre 1908 Renten oder Abfindungen erhielten. Die Verletzten bezogen zusammen 2189167 M., die Hinterbliebenen getöteter Arbeiter 552962 M. Für die Verwaltung wurden ausgegeben 361402 M., das ist 1,82 M auf jeden Vollarbeiter. Der Stand des Reservefonds ist verhältnismäßig niedrig, Ende 1908 1438070 M.

### Einzelheiten aus den Feststellungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

In der von dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe vorgenommenen statistischen Zusammenstellung der bei den deutschen Arbeitgeber-Verbänden des Baugewerbes bestehenden Arbeitsbedingungen und Einrichtungen sind in Tabelle 37 folgende Fragen gestellt: „Hat der Verband einen eigenen Arbeitsnachweis? Sind Arbeitnehmer an den Geschäften desselben beteiligt? In welchem Verhältnis wird der Nachweis zur Zahl der auf anderem Wege eingestellten Arbeiter benutzt?“

Von diesen drei Fragen haben die Verbände fast durchweg nur die erste beantwortet. Danach haben 78 Verbände einen imparitätlichen Arbeitsnachweis eingeführt, 363 Verbände haben keinen Arbeitsnachweis. Von den eingegangenen Antworten haben nur einzelne besonderes Interesse. So schreibt z. B. der Verband

**Düsseldorf:** „Der Verband hatte von 1905 bis anfangs 1907 einen unparitätlichen Arbeitsnachweis. — Arbeitnehmer waren an den Geschäften nicht beteiligt. — Der Arbeitsnachweis wurde dann aufgehoben, weil bei der lebhaften Nachfrage nach Arbeitskräften in 1905 bis 1907 die Gesellen und Arbeiter in der Großindustrie und bei Bauunternehmern, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehörten, in Arbeit traten, nur deshalb, um nicht durch den Arbeitsnachweis zu müssen. — Die Folge war, daß die dem Arbeitgeberverbande angehörenden Geschäfte keine Leute bekamen und aus diesem Grunde wurde der Arbeitsnachweis aufgehoben.“

**Karlsruhe:** „Wir haben einen Nachweis gehabt, haben denselben aber infolge der Einwirkung der Aufsichtsbehörde in Verbindung mit dem städtischen Nachweis wieder aufgehoben.“

**München:** „Der Verband hatte vom 11. Mai 1908 bis zum 10. Juni 1909 einen imparitätlichen obligatorischen Arbeitsnachweis. Durch Schlichtung des Einigungsamtes mußten wir ihn seines obligatorischen Charakters entkleiden und wird derselbe seitdem fakultativ, aber imparitätlich, weitergeführt. Solange der Arbeitsnachweis obligatorisch war, bezogen unsere Mitglieder mehr als neun Zehntel ihrer Arbeiter durch Vermittlung des Arbeitsnachweises.“

Die Tabelle 38 stellt folgende Frage: „Sind Entlassungsscheine, und mit welchem Erfolge, eingeführt?“

Die Beantwortung erfolgt fast ausschließlich kurz mit Ja oder nein. Wir begnügen uns daher damit, nur kurz zu registrieren, daß 191 Verbände Entlassungsscheine eingeführt haben und 240 nicht. Von den übrigen wird auf die Frage eine Antwort überhaupt nicht gegeben.

Die Tabelle 39 mit der Frage „Hat der Verband Schritte zur Einführung der Streikklausel und mit welchem Erfolge unternommen?“ ist von 441 Verbänden beantwortet. Danach haben 243 Verbände Schritte zur Einführung unternommen und 198 keine. Im allgemeinen geht aus den Antworten hervor, daß man mit den erzielten Resultaten nicht zufrieden ist. Die Behörden verhalten sich dem Unternehmeranfragen gegenüber in den meisten Fällen ablehnend, immerhin aber haben ein Teil Verbände, besonders bei Kommunalbehörden, Erfolge gehabt. Sehen wir uns auch hier einige Antworten näher an. Es antworteten:

**Dauzig:** „Bei Abschluß von Verträgen für Privatbauten ist die Streikklausel in den meisten Fällen in dieselben aufgenommen worden.“

**Gnesen:** „Ja, die Behörden verhalten sich jedoch ablehnend, nur in ganz vereinzelten Fällen erfolgte Berücksichtigung.“

**Schneidemühl:** „Ja, die Streikklausel ist nur von der Stadtverwaltung bedingt angenommen.“

**Waldenburg:** „Ja, die Streikklausel wurde jedoch von den hiesigen Behörden und industriellen Werken nicht anerkannt.“

**Flensburg:** „Ja, die Streikklausel ist bei Privatbauten eingeführt. Dagegen wird dieselbe bei Kommunal- und Staatsbauten nicht anerkannt. Im letzten Baugewerksstreik (1907) wurde von allen Meistern der Vorteil der Streikklausel rückhaltlos anerkannt.“

**Göttingen:** „Ja, der Verband hat bei den Baubehörden die Streikklausel zur Geltung zu bringen versucht, ist aber stets damit abgewiesen.“

**Hildesheim:** „Ja, jedoch ohne Erfolg. Beim Streik 1906 haben jedoch die Behörden das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt.“

**Emden:** „Ja, laut Beschluß unserer Generalversammlung vom 26. Juni 1906 dürfen die Mitglieder nur auf Bauten arbeiten und Lieferungen submitieren, bei denen in den Bedingungen des Vertrages die Sperr- und Streikklausel zugrunde gelegt ist. Die städtische Behörde hat dies nur auf unser Gesuch anerkannt.“

**Wilhelmshafen:** Ja, aber vergeblich, die Reichsbehörden erklären sich gegen die Einführung der Streikklausel.“

**Dresden:** „Ja, im allgemeinen sind Privatbauherren nicht gegen die Anerkennung der Streikklausel. Bei den Behörden stößt man zwar meist auf Widerspruch. Man behält sich jedoch definitive Entscheidung von Fall zu Fall vor. Das Königl. Ministerium und die ihm unterstellten Behörden sehen auf dem Standpunkt, Verlängerung der Termine nicht zu gewähren, wenn es sich um wirtschaftliche Fragen der Arbeiterschaft, z. B. Lohnerhöhung usw., handelt. Dagegen will man die Verlängerung der Termine um die Dauer eines Streiks oder einer Sperrpause dann zugestehen, wenn solche geführt werden, um Arbeitszeit zu verkürzen oder die Leistungsfähigkeit zu verringern, oder wenn ähnliche Machtfragen in Betracht kommen.“

**Frankfurt a. M.:** „Ja, jedoch ohne Erfolg.“

**Potsdam:** „Ja, nicht vergeblich. Nur der Magistrat von Potsdam hat in seinen Verdingungsverträgen die Streikklausel aufgenommen. Die Behörden, die behielten sich jedoch Gewähr der Streikklausel von Fall zu Fall vor.“

**Düsseldorf:** „Ja, der Verband hat Schritte zur Einführung der Streikklausel unternommen. Dieselbe konnte jedoch bisher noch nicht allgemein eingeführt werden. Bei den städtischen und Staatsbehörden ist erreicht worden, daß dieselben im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung die Unternehmer nicht drängen wollen.“

**M. Gladbach:** „Die Kommunalbehörde verlängerte bei Streiks die Fristen um die Dauer des Streiks.“

**Dortmund:** „Ja, die Streikklausel wird von den Behörden anerkannt; im übrigen sind die Mitglieder verpflichtet, die Klausel auch in die mit Privaten abzuschließenden Verträge aufzunehmen.“

**Duisburg:** „Ja, die städtische Behörde hat Vertretung zugest.“

**Darmen:** „Verwaltung verhält sich ablehnend.“

**Stuttgart:** „Bei Behörden ohne Erfolg. Bei Privatarchitekten ist die Streikklausel durchweg eingeführt.“

**Karlsruhe:** „Ja, bei den staatlichen und Militärbehörden ohne Erfolg. Die Staatsbehörde prüft von Fall zu Fall und

hat bisher Rücksichten auf uns genommen. Das sind ganz interessante Feststellungen. Wir halten uns vor, zur gegebenen Zeit auf diese Fragen zurückzukommen. Mit aller Deutlichkeit geht daraus hervor, wie die Arbeitgeber des Baugewerbes bemüht sind, ihren Machtkreis zu erweitern.

### Rundschau.

**Die Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberzeitung und Tariftreue.** Wenn es ein Arbeitgeberorgan gibt, das keine Verechtigungen hat, aber die Tariftreue der Arbeiter sich aufzuhalten, dann ist es die „Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberzeitung“. Organ des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Leitung dieses Verbandes hat nicht nur nicht ihre Schulbildung getan zur Durchführung der bestehenden Verträge, sondern sie hat auch geholfen, denselben zu umgehen, wie das Beispiel des Unternehmers Ewers in Leutenkirch bei Rheine beweist, dem der Rat gegeben wurde offiziell aus dem Bunde auszuscheiden, um an den tariflichen Lohn nicht gebunden zu sein, heimlich aber doch Mitglied bleiben sollte. Und dann erinnern wir an den ekkantanten Vertragsbruch im Jahre 1905 in Essen. Das Blatt hält sich über das Vorgehen des Buchdruckerarbeitsvertrages an der durch Anwendung passiven Widerstandes den bestehenden tariflichen Lohn in die Höhe zu schrauben versuchte. Dieses von keiner Arbeitgeberorganisation gutgeheißene Vorgehen hat inzwischen seine Reflexierung durch die Tarifschiedsgerichtsinstanzen gefunden. Recht und billig. Das Arbeitgeberblatt muß nun diesen Fall, um seiner alten Abneigung gegen Tarifverträge Luft zu machen. Das geschieht auf sonderbare Weise und zwar muß die Vorkämpferin für Tarifverträge, die „Soziale Praxis“, herhalten. Der Beurteilung des „Sozialen“ Buchdruckerarbeitsvertrages durch die „S. Pr.“ schließt das Unternehmerblatt folgendes Motiv unter:

„Wenn sich die „Soziale Praxis“ für diese Frage in Zeug legt, so geschieht das zweifellos nicht, um auf einmündigen den sonst viel geschmähten Arbeiterorganisationen Recht zu geben, sondern wohl deswegen, weil sie befürchtet, daß die öffentliche Meinung eine recht eigentümliche Auffassung von der Vertragstreue der Arbeiter bekommen und daß dadurch das Ziel, die Verstaatlichung der Tarifverträge, gefährdet wird.“

Das ist wirklich niederträchtig. Wenn pflichtgemäßes Eintreten für Treue und Glauben von einem Unternehmerblatt gebietet wird, daran kann man erkennen, wessen sich die Arbeiter zu versehen haben, wenn sie solchen Vertretern der Arbeitgeber gegenüberstehen.

**Ausländische Arbeiter in Deutschland.** Nach einer Zusammenstellung der Zahlen der bei den oberpreussischen Grenzämtern während der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 30. September 1909 legitimierten ausländischen Arbeiter, die in deutschen Provinzen in Landwirtschaft und Industrie beschäftigt waren, sind eingeschrieben worden in Myslowitz 90337, Kattowitz 36433, Gieselsdorf 15659, Annaberg 18107, Neu-Berun 11018, Groß-Chelm 8619 und Pless 3773. In Myslowitz wurden wegen des zunehmenden Verkehrs am 15. Februar d. J. ein zweites Grenzamt errichtet. — In Mittelwalde (Grafschaft) ist bereits am 1. Januar ein neues Grenzamt errichtet worden. Dieses hat bisher rund 1000 Arbeiter vermittelt. Die Vermittlung ausländischer Arbeiter setzt in der beginnenden Saison außerordentlich früh ein.

**Wer war der Denunziant?** Im verflohenen Jahr brach das „Korrespondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften zwei Artikel aus der Feder des bekannten Genossen Lue gegen die christlichen Gewerkschaften. Diese Artikel wurden den Bischöfen zugesandt. Diese Tatsache fand im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften eine entsprechende Würdigung, die man nicht wußte, wer der Verfasser war. In seiner Nr. von diesem Jahr schreibt nun das „Korrespondenzblatt“ u. a. „Wir stellen jedoch fest, daß von uns aus den Bischöfen das „Korrespondenzblatt“ nicht zugestellt worden ist, und wir glauben gleichzeitig erklären zu können, daß es überhaupt von seiten der „Sozialdemokraten“ nicht geschah ist. Dagegen fanden die betreffenden Nummern des „Korrespondenzblattes“ gerade in christlichen Kreisen das allergrößte Interesse, das sich in zahlreichen Bestellungen äußerte. Wo einer Stelle der „Christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung wurde sogar eine größere Anzahl Nummern zum Buchhändlerpreise bezogen. Die Herren „Christen“ werden also in ihrem Kreise mit jenem „Bekanntem Sprichwort“ bleiben müssen.“

Wer hat nun die betreffenden Nummern versandt? Die christlichen Gewerkschaften sicher nicht, denn gegen diese richtete sich ja die Artikel. War es etwa „Sich Berlin“? Wir werden wohl damit nicht neben das Ziel schießen.

**Die Substationen in Berlin und 29 Vororten** beliefen sich im Jahre 1909 auf 169 000 000 M gegen 172 000 000 M.

### Die Baukunst einft und jetzt.

Von Leo vom Scheuerwald.

Nachdruck nicht gestattet.

V.

Welches die Gründe seien, die in der Jetztzeit aus der antiken und spätantiken Kunst ein mannigfaltiges Trümmerfeld schufen, fragten wir im letzten Hefte. Es sind drei Hauptfragen zur Beantwortung zu stellen. Ist das Baujahr noch ein reiner Handwerksbetrieb? Sind die Architekten, die Seelen des Baues, heute auch so unabhängig wie ihre großen Lehrenten? Ist endlich die Solidarität der Bauarten die gleiche wie in den vergangenen Jahrhunderten? Alle drei Fragen dürfen mit einem klaren Ja beantwortet werden. Wer will z. B. von einem Handwerk reden, das mit seinen Kunstbeden, Betonmauern usw. von jedem Arbeiter geübt werden kann. Das Einkampfen einer Mauer oder Decke aus Beton ist kein Handwerk mehr, und doch gewinnt der Betonbau immer größere Ausdehnung. Auch muß heute alles billig gemacht werden, um auf dem Markt zu bleiben. Die Hersteller, Bauherr und Baumeister, müssen gewiß auch mit ganz anderen Faktoren rechnen, als die Alten. Da ist das oft knappe und teure Geld, der teure Grund, das durch Epidemien verteuerte Material. Ferner die Grundbesitzer, Konzeptionsreiter, kommunale Lasten und anderes mehr. Was ist nun natürlicher, als daß die Interessenten versuchen, möglichst geringe Lasten pro Person zu tragen. Allerlei Personen begründen eine A.-G. für das Bauen und verdienen und bezahlen in Kompagnie. So bewältigt man die Konkurrenz des wirtlichen, ausgebildeten Handwerkers, und die schlechten sachtechnischen Kenntnisse laßt man pro Monat. Die sind nicht rar und auch billig wegen der großen Masse! Das Fallieren von Baugesellschaften ist eine ständige Rubrik in den Blättern. In den Großstädten taucht noch bedeutend größerer Mangel als auf dem Lande. Trotz Bauvereinen, Arbeitgeberverbänden, Staatsgesetzen über un-

Staatswohl schädigende Gestalt angenommen. Daß die Qualität des Baues dabei leidet, ist erklärlich. Die großzügigen Pläne der Arbeitgeberverbände zeigen nicht nur auf Konzentration im Arbeitsvertrage, sondern auf die Beherrschung des Baumarcktes durch immer größere Kapitalstrukturen. Das Kohlenverkaufsmonopol der Zechenherren dürfte als Schema gelten, was werden soll! Der Entwurf des Baues durch den Architekten muß insofern der Abhängigkeit auch leiden. In künstlerischer und materieller Hinsicht. Dem Architekten wird heute nur sehr, sehr selten der Auftrag, selbständige eigene Arbeit zu liefern. Ihm wird nach dem errungenen Preis seines Entwurfes Kostenpunkt, Stil, Material, sein säuberlich vorgeschrieben. Kann der Mann mit der ausgeworfenen Summe nicht auskommen, sagen kurzlich-tige Stadtväter: der Verschwenker. Und flugs muß alles gehen, da nur aus größter Not, seltener aus Luxus gebaut wird. Michelangelo brauchte 13 Jahre zum Entwurf der Fassade an St. Lorenz. Ob der Mann kein „Faulenzer“ war? Die heutigen Architekten sind gewiß in der Lage und würden gerne eigene Entwürfe ausführen. Aber die Verhältnisse der Jetztzeit sind härter als der stärkste Wille.

Denigen Bevorzugten ist es vergönnt, frei über Ausführung und Entwurf zu verfügen. Heute müssen die Künstler sich bemühen um Aufträge. Im Mittelalter war das Verhältnis gerade umgekehrt. So frei wie die alten, so unfrei und abhängig sind die modernen Techniker. Früher war der Künstler auch gleich Baumeister. Dies ist nahezu unmöglich in der neueren Zeit. Gelegentlich wird einmal nachgehoben, daß „viel zu tun“ ist. Auch die Konkurrenz im technischen Beruf, das sogenannte Schmiergeldverwehen, spielt eine große Rolle und macht die einzelnen immer abhängiger. Doch jeder Stand hat Angehörige mit weitem Gewissen und eine Kritik ist unnötig. Erwähnt wurde das Vorstehende nur, weil die Deffinitivität, der Staat, sehr interessiert ist, welcher Qualität die modernen Bauten sind. Denn gewissenlose Bauplaner unter der Unfreiheit der Techniker werden aus. Schlechtes Material wird verwendet, oder die Arbeiter müssen unzureichend schaffen. Daß bei diesen Umständen die notwendigen Gegenmaßnahmen nicht

bedarf keines speziellen Beweises. Die gebräuchlichste Ausrede von der Konkurrenz, dem hohen Lohn, usw. ist Spiegelfechtere. In trauriger Erinnerung sind noch die Fälle Berlin bzw. Hannover, wo Ziegelwerke trotz „vermauert“ wurden und in Aussicht hergestellte Höhräume durch alten Mauerbau auszufüllt wurden. Diese genannten Fälle wurden gerichtlich festgestellt!

Mit einer berattigen neuen Bauweise vergleiche man die mittelalterlichen, noch gut erhaltenen Ruinen. Das war solide Material und solide Arbeit. Heute ist keine Kritik der Bauweise scharf genug. Allerdings keine Regel ohne Ausnahmen, die um so höher zu werten sind, da sie nicht zahlreich sind. Dabei führt der Leelle Baumeister selbst einen harten Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz. Und am Ende wird ihm doch der Vortritt. Noch einiges über die durch das Ramschsystem am härtesten Betroffenen, die Arbeiter. Ein großes Blätterbildet die Unfallstatistik des Baugewerbes. Man komme nicht mit dem profanen Wort des Selbstbeschuldens durch Trunkenheit usw. Gewiß sind einzelne Fälle festzustellen, doch die Ursachen der traurigen Zustände liegen tiefer. Die Jag nach Reichtum unter Verzug der Allgemeinheit ist der nächste und wichtigste Grund. Dabei hat der Staat bislang nicht genügend viel getan, um den gewissenlosen Wenteuren das Handwerk zu legen. Gewiß ist dies bei der vorhandenen Gewerkschaften auch nicht so leicht. Aber die Arbeiter können durch ein durchgreifendes Baugesetz mehr als bisher geschützt werden. Auch sollten die Arbeitgeber den Arbeitern billigerweise die Mitwirkung gesetzlich zugestehen. Wapern hat sehr gute Erfahrungen mit der Anstellung von Arbeitern zu Aufsichtsbearbeitern gemacht. Kann auch das Gesamtgewerbe durch die industriellen Forderungen keine Glanzzeit der Gotik oder Renaissance erreichen, aber das wäre zu erreichen, Schwund und Pfusch auf ein Minimum herabzudrücken. Und die Arbeiter müssen in unserer überhäpten Zeit immer aus neue den Ruf nach wirksamen Schutz erheben. Für das ganze Gewerbe und die Allgemeinheit nur zum Vorteile.

1908. Ein trübes Bild. Das sind die Folgen der wüsten Bodenpekulation.

Sirsch-Dundersche „Erfolge“. Wir teilten kürzlich den Uebertritt des Brauergesellenvereins Frankfurt a. M. zu den S.-D. mit, der wegen der Reichsfinanzreform aus den christlichen Gewerkschaften ausgeschieden sein sollte.

Das Morgenblatt der „Frankfurter Ztg.“ vom 24. Januar enthält eine Notiz der Brauergesellen, die besagt, daß der genannte Verein aus Anlaß der Forderung der christlichen Arbeitersekretäre bei Abschaffung der Reichsfinanzreform seinen Austritt aus dem christlichen Gewerkschaftskartell vollzogen habe.

„Mer haive nit zu prange“, sagt der Frankfurter. Das können die Sirsche nun auch sagen.

Sie kennen sich! Bekanntlich leugnet „Sich Berlin“ seinen gelben Charakter ab. Damit stößt er aber bei seinen gelben Freunden an. Der „Bund“, Organ des Chinesenführers Lebus, schreibt in seiner letzten Nummer „Sich Berlin“ folgendes ins Stammbuch:

„Artikelmäßige Auffassungen. Der „Arbeiter“, das Organ der katholischen Fachverbände, behauptet in seiner Nummer 6 vom 6. Februar, daß die gelben Verbände Schöpfungen der Unternehmer seien und die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt ablehnten. Das eine ist so unrichtig wie das andere.

Abgesehen von der eingangs aufgestellten Behauptung hat der „Bund“ vollständig recht; „Sich Berlin“ ist in Wirklichkeit eine gelbe Organisation.

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft für paritätische Arbeitsnachweise. In dem Jahresbericht der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft gelangen auch die Bestrebungen der Unternehmer auf Errichtung einseitiger Arbeitsnachweise zur Sprache.

Die Baulosigkeit 1910. Die auffallend milde Bitterung des Winter 1909/1910, so schreibt das „Berliner Tageblatt“, hilft dem Baugewerbe diesmal sehr, die tote Saison ohne allzu erhebliche Arbeitslosigkeit durchzuhalten.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (Sperrung über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten), Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Köln, Rh. Zimmergeschäft Philipp Blum, Titusstr. 2), Steinhagen, gesperrt ist die Ziegelei F. W. Wolf, Halle i. W.; der Arbeitgeber Zwelmeier weigert sich, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen.

Bezirk Hannover.

Verhandlungen im Bezirk Hannover.

Hannover. Hier fanden die ersten Verhandlungen im Bezirk statt; eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Unternehmer wollen das Vertragsgebiet weiter ausdehnen, es sollen Orte aus dem Landkreis Lingen, ja, sogar Sarstedt, welches im Landkreis Hildesheim liegt und wirtschaftlich mit Hannover nichts gemein hat, soll in den Vertrag einbezogen werden.

werden können. In bezug auf den Arbeitsnachweis wurde uns erklärt, daß wenn man wirklich den Arbeitsnachweis bei den zentralen Verhandlungen fallen läßt, derselbe in Hannover wieder anerkannt werden soll.

Hildesheim. Bei den hiesigen Verhandlungen wurde eine lange Debatte über die Lohnfrage geführt. Die Arbeitgeber meinten, sie könnten bei Inkrafttreten des Vertrags an eine Lohnsteigerung nicht denken. Man schätzte die Lage der Unternehmer im schlechtesten Sinne.

Göttingen. Der Hauptgegenstand der hiesigen Verhandlung war die Lohnfrage. Göttingen als Universitätsstadt hat einen Lohn von 44 Pf. pro Stunde aufzuweisen.

Celle. Waren bisher die Verhandlungen im Rahmen der Sachlichkeit geführt worden, so gab es hier schon schärfere Auseinandersetzungen. Diese waren wohl zum Teil dadurch veranlaßt, daß die Arbeitgeber durch die Presse mitteilten, daß sie den Stundenlohn von 50 Pf. für die Verhältnisse angepaßt betrachteten, wo jetzt hingegen der Lohn auf 52 Pf. steht.

Bremen. Von den hiesigen Unternehmern war zu den Verhandlungen nur der Vorjüngling erschienen. Die Unternehmer sind hier der Ansicht, daß der Vertrag wie bisher bestehen bleiben kann.

Bunsdorf. Die Verhandlungen, welche hier für die Orte Manbelsloh und Bunsdorf stattfanden, führten ebenfalls zu keinem Resultat und sollen später fortgesetzt werden. Auch hier sind die Unternehmer der Ansicht, daß der alte Vertrag bestehen bleiben kann.

Melle. Bei den hier am 27. Januar im Lokale des Herrn Bredemeyer stattgefundenen Tarifverhandlungen wurde keine Einigung erzielt. Eine Lohnsteigerung lehnten die Arbeitgeber ab mit der Begründung, daß die Konkurrenz aus den umliegenden Ortschaften dieses nicht gestatte.

Bezirk Münster. Melle. Bei den hier am 27. Januar im Lokale des Herrn Bredemeyer stattgefundenen Tarifverhandlungen wurde keine Einigung erzielt. Eine Lohnsteigerung lehnten die Arbeitgeber ab mit der Begründung, daß die Konkurrenz aus den umliegenden Ortschaften dieses nicht gestatte.

Bezirk München.

Kaufbeuren. Die Arbeitgeber haben am 1. Februar den am 6. Juli 1907 abgeschlossenen und bis 1. März d. Js. laufenden Tarifvertrag gekündigt, während bei den Arbeitern die Meinung vorherrschend war, denselben ein weiteres Jahr laufen zu lassen.

Wahlungs? Nebenständen solcher Orte Südbaherns, die bei der diesjährigen Lohnbewegung von den Bestimmungen über Verlängerung und Erneuerung des Vertragsmusters 1908 betroffen werden, diene hiermit denselben zur Kenntnis, daß bei dem ersten Versuch am 23. Dezember 1909, für das Vertragsgebiet München eine neue Grundlage zu schaffen, der aber nach zirkulärer Sitzung ergebnislos abgebrochen worden ist.

Bezirk Paderborn.

Steinhagen. Auf der Ziegelei F. W. Wolf, Halle i. W., welche in Steinhagen liegt, sollen die sämtlichen Ringöfen wieder instand gesetzt werden. Die Maurerarbeiten hat der Unternehmer Zwelmeier aus Steinhagen übernommen.

Bezirk Posen.

Bericht über die Verhandlungen im Bezirk Posen.

Die Verhandlungen in der Provinz Posen, welche zuerst nach dem Wunsch des Bezirksverbandes der Arbeitgeber bezirksweise stattfinden sollten, sind nach vorheriger Verständigung mit den in Posen kommenden Organisationen örtlich vorgenommen worden.

Bezirk Saarbrücken.

Die Tarifverhandlungen mit den Gipsermeistern gescheitert.

Am 10. Februar fanden in der „Tonhalle“ zu Saarbrücken erneut Verhandlungen mit dem Verband der Vereinigten Arbeitgeber der Gipser, Verputzer und Stukkateure im Saargebiet statt.

Der bestehende Tarifvertrag war im Frühjahr 1908 nach erfolgter Ausperrung abgeschlossen, wurde zum 1. Januar 1910 jedoch des Meisterverbandes gekündigt und läuft am 1. März ab.

Mit dieser „Regelung“ meinte er jedenfalls die Unterstützung bei der Ausperrung. Wir haben den Herren zu verstehen gegeben, daß auch diese Organisation von uns nicht gefördert wird.

Unsere Kollegen wissen jetzt, woran sie sind. Statt Verbesserungen sollen Lohnsenkungen und eventuell die Aus-



mit einer Lohnaufbesserung abgeschlossen, der aber nur bis 31. März 1910 Gültigkeit hat. Auch die Unternehmer im Stuckgewerbe wollten bei der allgemeinen Tarifbewegung mit dabei sein. In Eschweiler lehnten die Unternehmer des Baugewerbes Verhandlungen, bei denen ein Verbandsvertreter zugegen sei, ab. Eine Lohnaufbesserung wollten sie nicht gewähren. Sie zogen fremde Maurer heran, denen sie mehr zahlten als den Einheimischen, weshalb die Kollegen in den Kampf getrieben wurden. Leider ging der achtwöchentliche Kampf verloren, weil sich zuviel Arbeitswillige fanden, die in ihrem verräterischen Handeln noch durch das Verhalten des sozialdemokratischen Maurerverbandes, besonders des Lokalbeamten Kessels aus Aachen, bestärkt wurden. Infolge der gedrückten Konjunktur war der Organisationsgeist unter den Kollegen im allgemeinen kein reger. Der Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig. Die Aufklärung der Kollegschaft konnte daher nicht so vor sich gehen, wie es notwendig war. Ein wunder Punkt besteht darin, daß sich so wenig talentvolle Kollegen an der Mitarbeit für die gute Sache beteiligen. Einige haben ihre Kräfte opferfreudig mit in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Allen diesen sei hiermit bestens gedankt. Mögen sich in Zukunft mehr solche opferfreudige Kollegen finden, die mitarbeiten. Ohne Ausdauer und ohne opferfreudiges Vorwärtstreben im Aachener Bezirk wird es nicht besser. Das Aachener Unternehmertum kann nur durch ausdauernden Eifer und durch Regsamkeit zur Einsicht gebracht werden. Ein Nachlassen im Organisationseifer kann uns nur wieder Schaden bringen. Vom Sekretariat wurden anberaumt bzw. besucht: 96 Mitgliederversammlungen, 16 öffentliche, 50 Vorstandssitzungen, 22 Konferenzen, 24 Lohnkommissionssitzungen, 26 Streikversammlungen, 4 Schlichtungskommissionssitzungen, 28 Baubesprechungen, 29 Kartellsitzungen, 67 sonstige Sitzungen, 11 Unterrichtskurse, 4 Baustatistiken, und 2 Hausagitationen wurden vorgenommen. In 26 Fällen wurde das Sekretariat bei den Unternehmern vorstellig. An schriftlichen Arbeiten wurden: 28 Eingaben an die verschiedensten Behörden in Polizei-, Steuer-, Krankenkassen- und sonstigen Angelegenheiten für die Mitglieder eingereicht. Ausgegangen sind: 537 Briefe, 284 Postkarten, 1361 Drucksachen, 25 Telegramme und 23 Pakete. Eingegangen sind: 306 Briefe, 172 Postkarten, 113 Drucksachen, 12 Telegramme und 408 Pakete. Jedenfalls zeugt dies von einer reichhaltigen und vielseitigen Tätigkeit des Sekretariats. Eine Bitte an dieser Stelle: Möchten die Kollegen in Zukunft das Bureau doch mehr als bisher unterstützen, besonders demselben die offenen Stellen mitteilen, damit den arbeitslosen Kollegen Arbeit nachgewiesen werden kann. Dies ist ein wirksames Agitationsmittel und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl, welches hier so bitter nottut. Auch das Beitragszahlen mußte pünktlicher geschehen. Hier mußte in Zukunft jeder Kollege mithelfen, das Vertrauensmännerwesen besser zu pflegen, damit die Säumnigen angehalten werden und nicht, mit dem Beitrag zurückbleiben. Auch unsere Zahlstellenkassierer wollen etwas mehr Sorge auf das Führen der Mitgliedsverzeichnisse, sowie auf pünktliche Abrechnung, verwenden. Dem Rufe des Sekretariats möge in Zukunft sofort Folge geleistet werden, denn schlagfertige Folgsamkeit verschafft uns nach außen hin Ansehen und Achtung. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstatteten die auf der letzten Ausschusssitzung gewählten Revisoren Bericht über die Revision der Geschäftsführung des bisherigen Kassierers. Der Bezirksleiter, Kollege Lange, gab weitere Aufklärung über die Aenderung der Geschäftsleitung und über das Ausscheiden des Kollegen Zimmermann. Es wurde einstimmig beschlossen, die Angelegenheit dem Hauptvorstande zu übergeben. Zum weiteren Punkt wurde der Beschluß der letzten Ausschusssitzung aufgehoben, und Kollege Bücher wieder einstimmig als Geschäftsführer gewählt. Bezüglich der Gehaltsfrage soll der Beschluß des Vorstandes hochgehalten werden. Dem Kassierer wurde ein Mankogeld von 100 M. bewilligt. Zum Punkt „Vorstandswahl“ wurde dem Vorstande für seine Tätigkeit der Dank ausgesprochen. In den Vorstand wurden gewählt: Joh. Thimister als erster, Heinr. Hamacher als zweiter Vorsitzender; Joh. Bücher als erster, Joh. Vandeberg als zweiter Kassierer; Alex Becker als erster, J. Plum als zweiter Schriftführer; als Beisitzer: Nik. Taschbach, Leonh. Mennicken und Gerh. Herberichs; als Revisoren: Matth. Klein und Bernh. Kalf; als Delegierte zum Bezirkskartell: J. Thimister, H. Hamacher, H. Radermacher, Alex Becker und Nic. Radermacher. Kollege Lange gab Aufklärung über die jetzige Situation der bevorstehenden, schweren Lohnbewegung. Die Aussichten, auf friedlichem Wege zu einem annehmbaren Tarif zu kommen, seien geschwunden. Ein großer und schwerer Kampf stehe als sicher bevor. Die Kollegen sollten sich nicht täuschen, sondern darauf rechnen und danach handeln. Eifrige Agitation unter den Unorganisierten sei notwendig. Opferfreudigkeit und Disziplin können nur zum Siege verhelfen. Angesichts der Einschränkung des Sekretariats wurden bestimmte Geschäftsstunden festgelegt. Das Bureau ist in Zukunft Montags, Freitags und Samstags in der Mittagsstunde und abends geöffnet. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, es möge sich jeder ein Protokoll des Vorstandes anschaffen; dasselbe koste nur 25 Pf. und sei für jeden interessant. Auch mögen die Vorstände die Mitgliedsbücher einziehen und auf dem Bureau abliefern. Da mit dem Beginn der Beitragszahlung die Einheitsmarke in Kraft tritt, möge überall Aufklärung gegeben werden, damit dieselbe nicht als eine Beitragshöhung betrachtet werde. Lassen wir für die kommende Zeit die Einigkeit walten, bewahren wir das Vertrauen zueinander, und leisten wir bereitwilligst Mitarbeit in unserem gemeinsamen Ringen. Nach diesen Ausführungen wurde die Sitzung geschlossen.

**Allendorf (Kreis Kirchhain).** Am Sonntag, den 23. Jan., fand unsere Generalversammlung der Verwaltungsstelle im Lokale des Herrn Seifert statt, welche sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Kollege Koch dankte den Kollegen für das zahlreiche Erscheinen, ebenfalls auch dem Bezirksleiter Kollegen Haje aus Frankfurt. Zuerst erstattete der Kassierer Kollege Paul den Kassienbericht vom vierten Quartal. Die Einnahme nach dem Abzug der 15 Prozent der Entratskaffe betrug 132,88 M., die Ausgabe für Krankenunterstützung betrug 4,95 M. Somit an die Entratskasse abzuliefern 127,93 M. Die Einnahme der Entratskasse betrug 75,03 M., die Ausgabe 43,55 M., somit Kassienbestand der Entratskasse 31,48 M. Da die Abrechnung von den Revisoren für richtig erklärt wurde, wurde dem Kollegen Paul die Charge erteilt. Den Jahres- bzw. Kassienbericht erstattete ebenfalls Kollege Paul, welcher einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr warf. Durch die im vergangenen Winter stattgefundenen Agitationsversammlungen ist für uns kein Nachteil erzielt worden, indem allenthalben Kollegen unserer Organisation zugeführt wurden. Wenn auch im vergangenen Jahre 87 Kollegen unserem Verbande zugeführt worden sind, so darf trotzdem kein Einhalt in der Agitation eintreten. Zum erstenmal war auch unsere Verwaltungsstelle gezwungen, einen Kampf in Neustadt zu führen, welcher nach dreitägigem Streik zugunsten der Kollegen beendet wurde. Erzielt wurde bei der Firma Hinrichs aus Sameln eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde, ebenfalls beim Unternehmer Vornhoff eine solche von 3 Pf. Auch wurde die zehntägige Arbeitszeit eingeführt. Was den Versammlungsbesuch anbelangt, waren dieselben mit wenigen Ausnahmen gut besucht. Bei der darauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Kollege Joh. Jos. Koch, Niederlein, erster, Joseph Groß, Momberg, zweiter Vorsitzender; Heinrich Paul erster, Leonhard Schmitt, Momberg, zweiter Kassierer; Plus Petri, Allendorf, erster, Joseph Winkler, Niederlein, zweiter

Schriftführer; Leo Kaufmann, Momberg, Lukas Nahrung, Niederlein, Mois Sad, Allendorf, als Kassieratoren. Der Bezirksleiter Kollege Haje legte dem neugewählten Vorstand dringend ans Herz, voll und ganz seinen Pflichten nachzukommen, was der Vorstand auch versprach. Die Regelung der Wochenbeiträge machte keine Schwierigkeiten. Man beschloß somit einstimmig, ab 1. März 1910 pro Woche und Marke 5 Pf. Lokalkasse zu erheben, die Winterbeiträge aber außer der Lokalkasse fallen zu lassen. Unter Verschiedenes regte der Kollege Haje an, aus tatsächlichen Gründen den Namen der Verwaltungsstelle Allendorf in Verwaltungsstelle Kirchhain-Tretha umzuändern, was einstimmig für richtig erkannt und angenommen wurde. Das schon im vergangenen Jahre entworfene Statut der Verwaltungsstelle wurde umgeändert und soll dieses baldigt den Kollegen eingehändigt werden. Es fanden dann auch weitere Punkte unter Verschiedenes ihre Erledigung, und zwar sollen die Lokalfassengelder der Jahresskassen ab erstes Quartal d. J. sämtlich an die Verwaltungsstellenlokalkasse abgeliefert, von letzterer aber auch sämtliche Ausgaben der Jahresskassen bestritten werden. Unser Bezirksleiter mußte, da die Zeit schon zu weit vorgerückt war, vom Vortraghaften Abstand nehmen, legte aber den anwesenden Kollegen zum Schluß nochmals dringend ans Herz, daß auch in diesem Jahre ein jeder sich seiner Aufgabe bewußt bleibe. Ein jeder solle und müsse dahin streben, den Bauarbeiterstand auf ein höheres Niveau zu bringen.

**Quasburg.** Sonntag, 16. Januar nachmittags 3 Uhr fand im Gasthaus zum Karpen unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dieselbe war von sämtlichen Jahresskassen sehr gut besucht. Aus dem Vorstandsbericht war zu entnehmen: Gegenüber dem Vorjahre war die Baukonjunktur in der Stadt und den Vororten bedeutend günstiger. Die Mitgliederzahl ist von 55 am 4. Quartal 1908 auf 150 gestiegen. Neu begründet wurden die Jahresskassen Friedberg, Göggingen und Emersacker. Bestere hat sich wieder aufgelöst. Während des Berichtsjahres waren mehrere Pauperen zur Innehaltung des Tarifvertrages seitens einzelner Arbeitgeber notwendig. Neben den wirtschaftlichen Interessenkämpfen mit einzelnen Arbeitgebern kamen leider mehrere Terrorismussfälle, davon einige mit blutigem Ausgange, verübt von „freiorganisierten“ Fanatikern, vor, wobei sich gerichtliche Klarstellung notwendig machte. Angesichts der bevorstehenden Tarifrenewierung drängen die Unternehmer, die jetzt angefangenen Arbeiten fertig zu stellen und neue Arbeiten beginnen dieselben nicht mehr. Die Folge davon wird im kommenden Frühjahr eine zwar nicht natürlichen Verhältnissen entspringende, aber künstlich erzeugte laue Baukonjunktur sein. Bei der hier chronisch gewordenen großen Wohnungsnot muß, wenn nicht ganz unvorhergesehene Verhältnisse Platz greifen, in diesem Jahre sich wiederum eine gute Baukonjunktur entwickeln. In der sich darauf anschließenden Diskussion wurde allseitig die richtige Tätigkeit einzelner Vorstandsmitglieder und der dadurch erzielten Erfolge anerkannt. Dem Vorstand wurde hierauf Entlastung erteilt. Der Streit zwischen Jahresskassenlokalkasse und Verwaltungsstellenlokalkasse erfuhr eine Klärung. Die Jahresskassen liefern außer den von ihnen gemachten notwendigen Ausgaben sämtliche Gelder an die Verwaltungsstellenlokalkasse ab. Die Neuregelung der Wochenbeiträge ist verschoben worden. Die Vorstandswahl ging ebenfalls glatt vonstatten. Nach einer kurzen Schlußansprache des Kollegen Brüdner-München wurde die schon verlaufene Versammlung um 1/2 Uhr abends geschlossen.

**Düsseldorf.** Dienstag, den 1. Februar, fand die Jahresgeneralversammlung der Verwaltungsstelle statt. Die Tagesordnung war: 1. Geschäfts- und Kassienbericht; 2. Reformen des Hauskassiererswesens; 3. Vorstandswahl. Kollege Meister gab den Geschäftsbericht. Daraus ist zu entnehmen, daß die Bau-tätigkeit im vergangenen Jahre im Bezirk Düsseldorf eine rege war. Neubauten wurden 332 ausgeführt, davon waren Wohngebäude 251. Bauten wurden insgesamt 381 ausgeführt. Reparaturen und Einrichtung von Geschäftsräumen waren außerordentlich zahlreich. Große Arbeitslosigkeit war daher auch nicht vorhanden und fanden die zureichenden Kollegen in den meisten Fällen Beschäftigung. Wie die Statistik besagt, wird die gute Konjunktur auch auf das Wohnwesen einwirken. Von 62 585 Wohnungen der Stadt Düsseldorf, außer den eingemeindeten Vororten, standen Anfang Oktober 1909 1425 Wohnungen leer gleich 2,28 Prozent. Die Nachfrage nach kleinen Wohnungen ist außerdem noch groß. Da die Stadtverwaltung Gas- und Wasserpreise erhöht, ist auch vielfach eine Mietsteigerung eingetreten. Trotz der Tarifverträge, die alle Berufsstände der Baugewerkschaft außer den Zementarbeitern umfassen, mußten dennoch vielfach Sperren verhängt werden. Die Unternehmer des Baugewerbes lehnen sich an die Bestimmungen der Verträge wenig oder gar nicht. In den meisten Fällen ist es gelungen, die Unternehmer durch Sperren zu zwingen, die Verträge anzuerkennen. Nur in Ratingen war es durch die Schuld teils der dort ansässigen Kollegen, teils auch durch den Verbandsstandpunkt der Unternehmer nicht möglich. Nach 11 Wochen Streik wurden zwar die Posten eingesogen, jedoch die Bewegung dauerte fort und wird in diesem Frühjahr der Kampf mit größerer Schärfe weitergeführt werden. Am 12. Juni wurde von uns ein Vertrag der Zimmerer mit der hiesigen Zimmermeister-Zwangsgewerkschaft und dem sozialdemokratischen Zimmerverband abgeschlossen. Der Vertrag läuft bis zum 31. März 1912 und sieht eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfennig vor. Die Verwaltungsstelle führte Reformen größerer Art durch. Die Zentralisation im Kassienwesen hob alle Jahresskassenlokalkassen auf und schuf eine Verwaltungskasse. Die Winterbeiträge wurden abgeschafft und in der Sommermarke vereinigt. Damit ist ein Schmerzenskind aus der Verwaltung verschwunden. Die Frühjahrss- und Hausagitation, welche von der Verwaltungsstelle durchgeführt wurde, brachte 33 Neuaufnahmen; ebenfalls wurden sehr viele laue Mitglieder an ihre Pflichten erinnert. Es könnte trotzdem noch viel mehr geschehen, wenn sich genügend Vertrauensmänner der Verwaltung und dem Vorstand zur Verfügung stellen. Besonders müssen wir erinnern an die Baudelegierten, die so oft ernannt und gewählt wurden, aber ihre Pflicht nicht getan haben. Mutlos und gleichgültig arbeiten sie neben und mit den indifferenten Kollegen zusammen und wagen nicht einmal sie über die Organisationsangelegenheiten zu fragen. Sehr unzuverlässig war auch die Ausfüllung des statistischen Materials, welches an die Mitglieder ausgegeben wurde zur Feststellung der Höhe der Ausgaben der Baudelegation. Sehr viele Fragebogen sind nicht einmal ausgefüllt worden, andere gänzlich unvollständig. Eine große Voreingenommenheit herrscht bei solchen Angaben. Manche meinen sogar, man wolle ihnen die Steuer erhöhen helfen. Nichts liegt dem Vorstand ferner als dieses, wir müssen aber das Material haben, um die Lage der Bauarbeiter an praktischen Beispielen bei Verhandlungen den Unternehmern beweisen zu können. Hoffentlich ist man nächstens etwas aufrichtiger und gibt auch bestimmtere Zahlen an. Der Mitgliederbestand der Verwaltung war im 3. Quartal 1909 745 gegen 675 im Jahre 1908. Ausgenommen wurden im Berichtsjahre 279. Ausgetreten sind 5 Mitglieder, davon 3 verunglückt und 2 an Lungen- und Magenleiden erliegen. Außerdem starben 2 Frauen von Mitgliedern. Versammlungsgewinn aller Berufsstände gemeinsam fanden drei statt, Ausfüh-rungen fünf, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen 13. Der Versammlungsbesuch war leider in manchen Fällen sehr mangelhaft. Die Verwaltung macht auch an dieser Stelle es den Vorständen zur Pflicht, mehr Gewicht auf eine inhaltreiche Tagesordnung bei den einzelnen Berufsversammlungen zu legen, ferner alle Zweifelhafte und persönlichen Reibereien aus den Versammlungen möglichst fernzuhalten. In der geistigen Schulung der Mitglieder wurde ebenfalls nach verschiedenen

Richtungen gearbeitet. Der Studentenferienkurs im Frühjahr gab den Kollegen Gelegenheit, sich in Deutsch, Rechnen und Geographie auszubilden. Die Arbeitervereinstellungen im Stadttheater sind ebenfalls geeignet, das Verständnis für Kunst und Poesie beim Arbeiter zu wecken. Das Kartell veranstaltete einen Unterrichtskursus, wo grundlegende Fragen behandelt wurden. Die Verwaltungsstelle selbst verfügt über eine große Zahl von Broschüren und Büchern, wodurch das Wissen vermehrt werden kann. In den Versammlungen wurden verschiedentlich Vorträge gehalten. — In sozialen Wahlen sind besonders die im Herbst getätigten zum Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und die Wähler zur unteren Verwaltungsbehörde für uns wichtig, weil auch Kollegen unseres Verbandes im Stadt- und Landkreis gewählt worden sind. — Besucht wurden seitens des Beamten öffentliche Versammlungen acht, Mitglieder-versammlungen 72, Konferenzen, Vorstands-, Schlichtungskommissionen- und Ausschusssitzungen 118. Vertretung am Gewerbe-gericht und Vorstellungsverhandlungen bei Unternehmern in 23 Fällen. — Eingegangen: Ferngespräche und Telegramme 24, Briefe und Drucksachen 235, Postkarten 197 und Pakete 130. — Ausgegangen: Ferngespräche und Telegramme 51, Briefe und Drucksachen 1534, Karten 110. — Auch den Arbeitsnachweis, welcher nebenbei am Bureau geführt wurde, ist den Kollegen sehr viel Arbeit vermittelt worden, genaue Zahlen können darüber nicht angegeben werden, weil in vielen Fällen es vergessen wurde, die Annahme der Arbeit dem Bureau mitzuteilen. Auch arbeitslose Kollegen melden sich nicht an, so daß die Arbeit über Arbeitslosigkeit dem Vorstand verloren geht. Die Vermittlung der Arbeit bedeutet für die Kollegen einen großen Gewinn oder Verlust des Arbeitsvertrages. Es können auch diejenigen den Arbeitsnachweis präferieren, welche offene Stellen wissen und dies per Karte oder Bescheid dem Bureau mitteilen: Porto wird zurückvergütet. Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen läßt sich noch mancherorts zu wünschen übrig. Besonders war in diesem Jahre die Forderung der Arbeitsplätze groß, hervorgerufen durch die Inflationsfinanzreform. Man berief Versammlungen ein über die Forderung zur Berufs- und Gewerkschaftsreform, darunter wurde jedoch der „Kassiererrat“ der Arbeitervereinstellungen. Die Verleumdungsbekämpfung gegen die Partei der Arbeitervereinstellungen haben wir lange nicht verlassen können. Was ist nun das Resultat? Man möchte doch annehmen, daß ein solch gewaltiger Anstrengung der Arbeit nicht zureichend gewesen ist und nicht ein Fall bekannt, wo ein Arbeiter wegen diejenen Ursachen angeklagt sei. Die Klagen waren zu offensichtlich, so daß sie selbst manchem Genossen nicht verborgen werden konnten. — Der Kassierer Georg Kasteleiner erstattete den Kassienbericht. Die Gesamtsumme der Einnahmen in den vier Quartalen 15 335,93 M., Ausgabe 14 335,93 M., Kassienbestand 111,02 M., Krankenunterstützung 57,00 M., Hauskassierunterstützung 311 M., Streikunterstützung 77,00 M., Agitationsunterstützung 42,75 M. In die Zentrale wurden 1000 M. Mark. Lokalkasse: Einnahme inkl. Kassienbestand 147,75 M., Gesamtausgaben 5148,77 M., Kassienbestand 22,77 M. Die Revisoren erklärten, Bücher und Belege des ganzen Jahres sowohl als auch des vierten Quartals in bester Ordnung gefunden zu haben. Dem Kassierer wurde darauf Entlastung erteilt. Der Jahresbericht liegt gebunden vor und wird jedem Kollegen ausgehändigt. Zum dritten Punkt mußte leider ein Klagegeld von manchem Hauskassierer gezahlt werden. Unpünktlichkeit ist geradezu bei manchem zur Tagesordnung geworden. Allerdings es sind auch Kollegen, welche ihre Pflicht und Schuldigkeit voll und ganz getan haben, aber es ist notwendig, daß in Anbetracht unseres Kassiererswesens und der richtigen Bedienung unserer Kollegen einmal eine Renewierung vorgenommen wird. Eine Vorstandssitzung hatte sich schon mit dieser Frage befaßt und die notwendigen Unterlagen zusammengestellt. Das Hauskassiererswesen wurde durch Beschluß des Kollegen Kasteleiner auf ein Vierteljahr übertragen. Sollte es sich bewähren, so wird das System beibehalten. Die Kassierung der Beiträge wird den Kollegen durch ein Jungbrot unterbreitet werden. Zum Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: erster Vorsitzender Georg Schmidt, zweiter Vast. Schiller, erster Schriftführer Jgn. Brinkmann, zweiter May Steinfel, erster Kassierer Georg Kasteleiner, zweiter Felix Becker. Zu Revisoren wurden die Kollegen Joh. Lang, Jos. Weidenbach und Pet. Smech gewählt. Die Erfolge des vergangenen Jahres sind zwar nicht zu unterschätzen, jedoch hätte es noch besser sein können, wären der Mitarbeiter mehr gewesen. Die Kollegen mögen nun die Mahnungen, die im Jahresbericht ausgesprochen sind, beherzigen und mit voller Kraft in die Frühjahrssagitation eintreten. Die Unternehmer dürfen uns nicht angestrichelt haben. Zum Schluß dankten wir allen Kollegen, welche den Vorstand durch Mitarbeit unterstützt haben.

**Espe (Waldeck).** Der Organisationsgedanke hat nunmehr auch hier Einzug gehalten. Am 31. Jan. fand in der Wirtschaft Welter eine Versammlung der Bauhandwerker statt. Als Referent war Kollege Werner-Paderborn erschienen. Derselbe sprach über die Notwendigkeit der Organisation. Er beleuchtete die Lage der baugewerblichen Arbeiter, welche dringend aufgebeßert werden muß; gleichfalls kennzeichnete er auch das Verhalten der Arbeitgeber des Baugewerbes, welches dahinaus geht, die Lage der Bauarbeiterzeit immer mehr zu verschlechtern. Die Kollegen folgten den Ausführungen mit Interesse und gaben durch Beifall kund, daß sie mit den Ausführungen einverstanden waren. In der Diskussion sprachen noch einige Kollegen über verschiedene Punkte. Es ließen sich 12 Kollegen aufnehmen und somit konnte eine Verwaltungsstelle gegründet werden. Die Versammlung wählte als Vertrauensmann den Kollegen Joseph Schmidt. Derselbe nahm die Wahl an und versprach, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Organisation weitere Fortschritte mache. Hierauf hielt Kollege Werner noch eine kurze Ansprache, indem er die Kollegen ermahnte, die neugegründete Verwaltungsstelle nunmehr zu pflegen, damit sie zu einem guten Zweig erwache in unserem christlichen Verbande. Die Kollegen von Espe und Umgegend haben um so mehr die Pflicht, dies zu tun, denn sie haben ein gutes Beispiel an ihren Landsleuten, unsern zweiten Vorsitzenden Anton Schmidt in Berlin und dem Bezirksleiter Anton Lange in Köln. Hierauf wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands geschlossen.

**Erbach i. T.** Am Sonntag, den 31. Januar, hielt unsere Jahresskassen Generalversammlung ab, die gut besucht war. Fast sämtliche Kollegen waren erschienen. Kollege Mühle verlas die Abrechnung, die von den Revisoren geprüft war, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Kollege Franz Mühle als erster und Jos. Diehl als zweiter Vorsitzender; Kollege Götz als Kassierer, Kollege Johann Meurer als Schriftführer. Kollege Mühle nahm den Posten als Hauskassierer wieder an. Als Revisoren wurden Heinrich Meurer und Christian Meurer gewählt. Sämtliche Vorstandsmitglieder sprachen sich dahin aus, für die gute Sache weiter arbeiten zu wollen. Da die Genossen am 9. Januar eine öffentliche Versammlung abhielten und am 30. Januar wieder eine abhielten wollten, um unsere Kollegen in das rote Lager hüberzuführen, so gingen unsere Kollegen einfach in keine Versammlung der Genossen. Sie haben ja auch genug an ihren eigenen Versammlungen. Sämtliche Kollegen von uns haben ihre Pflicht erfüllt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**Esen, 8. Februar.** (Jahresbericht.) Die wirtschaftliche Lage hat sich im allgemeinen gegen das Vorjahr bedeutend gebessert. Das zeigt am besten der Beschäftigungsgrad der verschiedenen Krankentassenmitglieder bei den Krankentassen der Stadt Esen. Gegenüber 63 636 Mitgliedern sämtlicher Krankentassen

am 1. Januar 1909 war der Bestand am 1. Januar 1910 8889, ist also um 5213 gestiegen. Besonders Anteil am Aufschwung der wirtschaftlichen Lage nahm das Baugewerbe in der zweiten Hälfte des Jahres. Dieses dürfte zum Teil auf die Erledigung der Reichsanlagenreform zurückzuführen sein. Besonders im Stadtgebiet Essen, ebenso in Altenessien, Borbeck und Mellingshausen war die Bautätigkeit stärker als im Vorjahre. Auffallend an der Bautätigkeit im verfloffenen Jahre ist die starke Beteiligung der Industrie (Fabriken und Werke) durch Bestellung von Arbeiterwohnungen. Es sind ungefähr 3000 solcher Wohnungen im Bezirke unserer Verwaltungsstelle im verfloffenen Jahre hergestellt worden. Wenn das vergangene Jahr auch nach außen hin kein bewegtes zu nennen war, so war es immerhin nach innen reich an Arbeit. Die Belebung der Bautätigkeit gab den auf Bau- und Fabriken beschäftigten Kollegen Veranlassung, zu versuchen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zunächst waren es die auf den Bechen König Wilhelm in Borbeck beschäftigten Kollegen, welche durch ihr einmütiges zielbewusstes Vorgehen die Bechenverwaltung zwang, den Lohnabzug von 25 Pf. pro Schicht wieder zu bezahlen. Zu Frage kamen 22 Maurer, wovon 18 unserem Verbande angehörten. Die Dachdecker und Maurer des Kruppischen Bauhauses verfolgten ebenfalls die dort bestehenden Mißstände abzulassen, sowie eine Lohnhöhung zu erzielen. Aber dank des dort herrschenden Indifferenzismus kam von Erfolg fast keine Rede sein. Nur vereinzelt haben die Kollegen eine Lohnhöhung erhalten. Geradezu eines Menschen unwürdig ist dort die Behandlung der Arbeiter durch die Polizei (Sprich: Vorgeleitete). Nebenbei sind die Kollegen aber eifrige Agitatoren für den gelben Verband. Das Affordsystem, worauf besonders alle Mißstände des Kruppischen Bauhauses zurückzuführen sind, macht sich auch in recht bedenklicher Weise im Privatbaugewerbe bemerkbar. Ganz besonders ist es hier das die Allgemeinheit schädigende Treiben der roten Bauhilfsarbeiter. Dieselben haben das Tragen der Steine und des Mörtels bis weit über die Grenzen der Stadt hinaus organisiert. Desgleichen versuchen in immer stärkerem Maße Affordkolonnen von Maurern und Putzern hier einzudringen. Es ist Pflicht der gesamten Bauarbeiter, der Ausbreitung des Affordsystems entgegenzuarbeiten. Die Einhaltung des Tarifes ließ sehr oft zu wünschen übrig. Wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes bzw. Einhaltung der tariflichen Kündigungsfrist wurden von den Gewerbegerichten 31 Arbeiter verurteilt. Mehrere Fälle wurden in den Schlichtungskommissionen bzw. vor dem Einigungsamt erledigt. Mehrfach entstandene Differenzen, besonders bei den Ziegeleiemern, wurden durch Eingreifen der Verbandsleitung beseitigt. In einem Falle kam es, durch das sich immer mehr breitmachende Zwischenmeisterystem, zur Sperre. Diefelbe verlief günstig. Die baupolizeilichen Vorschriften betr. Bauarbeiterschutz zeigten wiederholt sehr große Mängel. Letzteres dürfte zum Teil jetzt verschwinden, da die baupolizeilichen Vorschriften im Laufe des Winters einer Reform unterzogen worden sind. Leider lassen die Ausführungen der Bauarbeiterschutzbestimmungen besonders dort zu wünschen übrig, wo die Kollegen auf deren Durchführung nicht achten. Auf dem Gebiete der sozialen Wahlen war auch dieses Jahr eine Menge Arbeit zu bewältigen. Der Erfolg für die christlichen Gewerkschaften bei diesen Wahlen ist zufriedenstellend. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes ist bis jetzt ohne Bedeutung geblieben. Die Pflege unseres Arbeitsnachweises muß Aufgabe aller Kollegen sein. Die Entwicklung der Kassenverhältnisse ist als günstig zu bezeichnen. Die Gesamtjahreserinnahme beträgt einschließlich Kassenbestand vom 31. Dezember 1908: 70 047,80 M. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Mehrerinnahme von 12 037,62 M. Davon sind Einnahmen für die Zentralkasse 34 536,80 M., für die Lokalkasse 35 511,00 M. Die Ausgaben der Zentralkasse betragen 2459,25 M., die der Lokalkasse betragen 13 851,87 M. Der Lokalkassenbestand am 31. Dezember 1909 ist 21 659,13 M., mithin ein Mehr gegen das Vorjahr von 6640,04 M. Trotzdem sich die Kassenverhältnisse günstig entwickelt haben, so könnte doch bei intensiver Arbeit der Vorstände, Vertrauensmänner und Baudelegierten die Einnahme um ein Bedeutendes gesteigert werden. Dieses trifft besonders zum Teil für die ländlichen Jahrestellen zu. Hoffen wir, daß allgemein endlich ernste Arbeit geleistet wird. Im Berichtsjahre fanden 380 ordentliche, 3 außerordentliche, 7 gemeinschaftliche, 2 öffentliche und 7 Baustellenversammlungen statt. Außerdem fanden 60 Vertrauensmänner- und Baudelegierten-, 110 Vorstands- und 4 Ausschüßversammlungen statt. Davon bejudeten die freigestellten Kollegen 67 Vorstands-, 4 Ausschüß- und 60 Baudelegierten- und Vertrauensmännerversammlungen. Desgleichen hielten sie Vorträge in 161 Mitglieder-, 2 öffentlichen und 7 Baustellenversammlungen. Außerdem bejudeten dieselben 7 gemeinschaftliche und 130 sonstige Versammlungen und Sitzungen. In 20 Versammlungen hielten Kollegen, welche im Arbeitsverhältnis stehen, Vorträge. Neugegründet wurde die Jahrestelle Krag. Die im Herbst stattgefundenen Agitationsversammlungen sind von gutem Erfolge begleitet gewesen. In den Gewerbegerichten wurden 72 Kollegen in 58 Fällen und 84 Terminen vertreten. Die eingeklagte Summe betrug 1493,72 M. Durch Urteil bzw. Vergleich wurden 657,70 M. erzielt. Fünf Kollegen hatten einen Klaviers unterrichteten, keine Forderungen mehr zu haben, wodurch ihnen der Betrag von 100,29 M. verloren ging. Zurückgezogen wurden 5 Klagen in Höhe von 88,68 M. In einigen Sachen schwebt das Verfahren noch und zwar mit einem Objekt von 249,34 M. Abgewiesen wurden 3 Klagen gänzlich und 6 teilweise, mit einem Betrag von 201,25 M. Durch Unbefriedigung des Unternehmers gingen 77,90 M. verloren. Einige Kollegen vertreten sich selbst, bzw. mußten sich selbst vertreten, mit einer Forderung von 118,56 M., teilten sich aber den Ausfall der Klage nicht mit. In Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherungssachen wurden seitens der Verwaltungsstelle in 84 Fällen Rechtschutz erteilt. Die erzielten Erfolge sind uns leider nur von 35 Fällen mit einer Erfolgssumme von 357,12 M. aus den die Krankenversicherung betreffenden mitgeteilt worden. In Zukunft haben die Kollegen die Verpflichtung, den Ausgang jeder Sache zu melden. Außerdem sind 92 Steuerreklamationen mit gutem Erfolg angefertigt worden. Im Durchschnitte entfallen auf jede Reklamation 6 M. Ermäßigung der Staatsinkommensteuer, dazu 200 Prozent Kom-munal- und 50 Prozent Kirchensteuer, ergibt in Summa 1932 M. Ermäßigung. An Rechtschutz, Kranken-, Sterbe- und Streitunterstützung wurden 2459,25 M. den Kollegen gewährt. An sonstigen Unterstützungen wurde die Summe von 332,82 M. verausgabt. Stellen wir das Erzielte und an Unterstützungen gezahlte zusammen, so ergibt sich der Betrag von 5739,89 M., welcher im Berichtsjahre den Kollegen durch die Verbandsleitung zugute gekommen ist. Das Verhalten der „Genossen“ uns gegenüber ist gegen das Vorjahr lebhafter geworden. Das beweisen die Terrorismussfälle bei Götte, Hennig, Holzmann ujm. Angehörig der ersten Zeit wollen wir jetzt im Interesse der Bauarbeiter nicht näher auf diese Fälle eingehen. Aber das eine muß gesagt werden: werden die Genossen derartige Erziehungsstücke weiter zeitigen, so werden wir unabweislich dagegen einzuschreiten müssen. Was die Mitarbeit der Kollegen betrifft, so muß dieselbe besser werden. Es muß seitens der Kollegen viel mehr Gewicht auf das Baudelegierten- und Vertrauensmännerwesen gelegt werden. Besonders unsere Vorstandsmitglieder erwarten wir, mehr System in ihre Sache zu bringen und überall den Kollegen mit Fleiß und Opfermut voranzugehen. Eins ins andere genommen, sind wir dorwärts gekommen. Dieses muß uns anspornen, im begonnenen Jahre mit doppelter Kraft zu arbeiten. Unsere Zeit ist erst. Sie erfordert ganze Männer. Deshalb Kollegen der Verbandsstelle Essen: zeigt euch als ganze Männer, führt die Organisations- und Agitationsarbeit (Jahresbericht) Die Arbeitslosigkeit in der Verwaltungsstelle war, mit Ausnahme von Beherren, seitens der Unternehmer gestaute Einfuhrung des Zwangsarbeitsnachweises nach dem Hamburger System ein. Die Generalversammlung des Kartells der christlichen Gewerkschaften Hannover-Linden, die kürzlich im „Kriegsheim“ stattfand, befaßte sich ebenfalls mit dieser Frage. Nach einem Referat des Gewerkschaftssekretärs Mülligen, in welchem die schweren Schäden derzeitiger Arbeitsnachweise für den Arbeiterstand sowie das ganze deutsche Volk kargelegt wurden, wurde ebenfalls das laze Verhalten der Regierung bedauert. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Generalversammlung des Kartells der christlichen Gewerkschaften Hannover-Linden, dem 2500 Mitglieder angeschlossen sind, beurteilt aufs entschiedenste die rigiden Auswüchse, die die einseitigen Zwangsarbeitsnachweise der Unternehmer gezeitigt haben. — Die Versammlung protestiert ebenso entschieden gegen das Bestreben der Unternehmer, diese Zwangsarbeitsnachweise allgemein dem Kapital einseitig dienlich zu machen. Versammelt sind der Ueberzeugung, daß mit diesen Arbeitsnachweisen vom Unternehmertum nichts anderes erstrebt wird, als eine Monopolstellung auf dem Arbeitsmarkte und eine schrankenlose Beherrschung des Arbeitsvertrages die des Arbeiters selbst. Dem Unternehmertum würde durch den geplanten Arbeitsnachweis die Macht gegeben werden: 1. dem Arbeiter die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben, 2. die müßigen Arbeiter dauernd von der Arbeit auszuschließen und hierdurch die Kon-kultionsfreiheit sowie jede Verbindung des Arbeiterstandes zur Regelung seiner wirtschaftlichen Lage zu unterbinden, 3. dem Arbeiter die Freizügigkeit sowie seinen freien Willen über die Verwendung seiner Person zu nehmen, 4. eine Verschiebung der Arbeiter nach den Launen des Kapitals vorzunehmen zu können. Dazu kommt, daß den Arbeitern infolge des geheimen Verfahrens jede Möglichkeit einer Rechtfertigung gegenüber falschen Anschuldigungen genommen ist. Bedenkt man doch, daß durch den Zwangsarbeitsnachweis dem Unternehmertum die Möglichkeit gegeben ist, an Stelle braver deutscher Arbeiter ausländische in beliebiger Anzahl heranzuziehen, so muß sich der deutsche Arbeiterschaft eine Erregung und Verbitterung bemächtigen, die nicht nur für den Arbeiterstand, sondern für das ganze deutsche Volk die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen kann. Aus allen diesen Gründen rufen die Versammelten an alle wohlgesinnten Kreise die Bitte, sich diesem Proteste anzuschließen. Das Arbeitsnachweiswesen ist ein Gebot, daß Unternehmertum und Arbeiterschaft gemeinsam gehört. Die Versammlung erwartet daher, daß baldmöglichst eine gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage auf paritätischer Grundlage unter Verbot aller einseitigen Interessensarbeitsnachweise erfolgt.“

in Nachsommer eine gute. Mit der Einhaltung des Vertrages zählten die Arbeitgeber nicht die größte Zuverlässigkeit, so in Wanne und Eidel, wo man sich sträubte, die vertragliche Lohn-erhöhung ab 1. April zu zahlen. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 18 209,70 M., ein Mehr gegen das Jahr 1908 von 1898,45 M. Die Einnahme der Lokalkasse mit Bestand vom vorigen Jahr betrug 9016,29 M. Die Ausgabe 4762,22 M. Bleibt Bestand 4254,07 M. Der Beamte besuchte 104 Mitgliederversammlungen, 6 öffentliche und 8 außerordentliche; ferner 22 Schlichtungskommissionen, 3 Sitzungen des Einigungsamtes, 19 Vorstandssitzungen, 4 Verwaltung- und 5 Delegierten-sitzungen. In Sachen der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung, sowie des Arbeitsvertrages, Gewerbegericht und Steuerfragen wurden 144 Schriftsätze angefertigt. In 12 Fällen wurde die Vertretung vor dem Gewerbegericht und in 4 Fällen vor dem Amtsgericht übernommen, wodurch den Kollegen 301,86 M. gerettet wurden. In 5 Klagen gegen Krankenkassen wurde der Betrag von 183 M. gewonnen. Mit Arbeitgebern und Behörden wurden im Interesse der Kollegen eine Reihe von Schriftsätzen gewechselt. Die Korrespondenz war folgende: Eingang 109 Briefe, 161 Postkarten, 434 Drucksachen; Ausgang 221 Briefe, 199 Postkarten und 780 Drucksachen. Der Mitgliederbestand betrug: erstes Quartal 580, aufgenommen 81; im zweiten Quartal 550, aufgenommen 200; im dritten Quartal 906, aufgenommen 88; im vierten Quartal 923, aufgenommen 69. Geldigt wurden vier Krankenkassenwahlen, zwei Gewerbegerichts- und eine Stellenauswahlwahlen. In sämtlichen Wahlen war ein Sieg der christlich-nationalen Arbeiterschaft zu verzeichnen. Mögen auch im laufenden Geschäftsjahre alle unsere Mitglieder die Arbeiten der Verwaltungsstelle unterstützen. Auch im laufenden Jahre wird es genügend Gelegenheiten zu gewerkschaftlicher Tätigkeit geben.

**Giesdorf.** Am 6. Januar hielt unsere Jahrestelle ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende Ferd. Kiesel erstattete den Jahres- und Kassenbericht. Versammlungen wurden 6 abgehalten, zwei öffentliche und vier Mitgliederversammlungen. Die Einnahmen betragen 189,95 M., die Ausgaben 18,87 M., mithin wurden an die Verwaltungsstelle nach Marburg gesandt 171,08 M. Lokalkassenbestand für die Jahrestelle wurden 45 Stück zu 10 Pf. gestellt gleich 4,50 M., dazu 3,50 M. Kassenbestand vom vorigen Jahr, zusammen 8 M. Kassenbestand für die Jahrestelle. In der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Ferd. Kiesel als erster und Heinrich Steh als zweiter Vorsitzender, als Kassierereiner Fröhlich Fischer, als Schriftführer Sironimus Nisch, als Revisoren August und Lorenz Steh, als Delegierter nach der Verwaltungsstelle Marburg August Steh. Die Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen ihre Schuldigkeit zu tun. Zum Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, daß jeder Kollege wieder fünf Stück Lokalkassenmarken zu haben hat, auch die, welche abreisen. Ferner wurde noch der Antrag gestellt, daß dem Kassierereiner eine kleine Entschädigung zu gewähren ist für das Austragen der Zeitungen im Winter. Es wurde noch von den Kollegen gerügt, daß der Bezirksleiter es nicht für nötig hielt, auch einmal eine Winterversammlung für die Jahrestelle abzuhalten. Der Vorsitzende bedauerte, daß von den zwölf Kollegen nur sieben erschienen waren. Nun, Kollegen, merkt den alten Schlenker und die Saumseligkeit von euch, stellt euch nicht immer in den Hintergrund, zeigt daß ihr Männer seid und zeigt, daß ihr Interesse habt für die Organisation, die eure wirtschaftlichen Interessen vertritt. Auch sollten die Kollegen in diesem Jahre die Versammlungen in der Verwaltungsstelle Marburg besser besuchen. Wer nicht hier, kann nicht ernten, wer keine Organisationspflichten erfüllen will, das heißt Beiträge zahlen und die Versammlungen besuchen, der kann nicht hoffen, daß seine Lage verbessert wird. Deshalb, Kollegen, mehr Ernst in der Agitation und in der Opferwilligkeit gezeigt, damit wir in der Zukunft gerüstet dastehen. Hieraus wurde die Versammlung mit dem üblichen Gruß geschlossen.

**Georgenwerk (D.-Schl.).** Am 2. Februar fand unsere erste Generalversammlung statt. Am 20. Januar 1909 wurde unsere Jahrestelle gegründet und ist bis 1. Januar 1910 auf 47 Mitglieder gestiegen. Kollege Dibrich erstattete den Jahresbericht und der Kassierer den Kassenbericht. Es sind verkauft worden: 34 Eintrittsmarken, 835 Beitragsmarken à 35 Pf., 230 Arbeitslofenmarken à 25 Pf. und 187 Agitationsmarken à 10 Pf. In die Verwaltungsstellenkasse sind 344,28 Mtl. abgeliefert worden. Wiedergewählt wurde als Vorsitzender Joseph Dibrich und als Kassierer Paul Giquilla, als Schriftführer wurde Johann Wandzioch, als Vertrauensleute Johann Kolodzy und Wilhelm Jora gewählt. Unter Vorsitzendem wurden mehrere Stimmen laut, die Versammlungen möchten besser besucht werden als wie im vergangenen Jahre. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte, treu zum Verbands zu halten, schloß er die Versammlung.

**Gösch.** Am 16. Januar tagte im Lokale des Herrn Gührer unsere diesjährige Generalversammlung, zu welcher die Kollegen ziemlich vollständig erschienen waren. Ebenso der Bezirksleiter Kollege Pfeiffer aus Breslau. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht vom Jahr 1909, 2. Wahl des Vorstandes. Als der Kassierer den Kassenbericht verlesen hatte, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde, wurde ihm Entlassung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender August Zendrite, als zweiter August Hauja; als erster Kassierer Johann Finte, als zweiter August Ohla; als erster Schriftführer Franz Kriehof, als zweiter Johann Zendrite; als Revisoren Anton Zendrite und Paul Finte. Die Gesamterinnahmen betragen 1038 M., davon wurden nach Berlin gesandt 709,35 M.; Ausgaben an Kranken- und Sterbegeld der Zentralkasse 41,67 M. In die Beitragskasse wurden abgeliefert 81,60 M. Die Lokalkassenerinnahme betrug 284,10 M., die Ausgabe 244,49 M., Kassenbestand 39,61 M. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 71 Mitglieder. Kollege Zendrite dankte den Kollegen für das Vertrauen, das sie ihm geschenkt haben und versprach, seinen Posten ebenso pflichtgemäß zu vertreten wie seither. Er ermahnte die Mitglieder, tüchtig mitzuarbeiten, hauptsächlich in der Agitation. Mit einem dreifachen Hoch wurde die Generalversammlung geschlossen.

**Günterode.** Am Sonntag, den 30. Januar, fand in Westhausen eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu welcher alle umliegenden Jahrestellen eingeladen waren. Tagesordnung war: Gründung einer Verwaltungsstelle. Es waren erschienen die Jahrestellen Heiligenstadt, Günterode, Westhausen. Die Versammlung wurde vom Kollegen Struthmann (Günterode) geleitet. Derselbe suchte den Anwesenden klarzumachen, daß es von großem Nutzen sei, sich zusammenzuschließen, worauf dann auch einstimmig beschlossen wurde, eine Verwaltungsstelle zu gründen, welche den Namen Heiligenstadt-Westhausen führen soll. Es wurde dann sogleich zur Vorstandswahl geschritten. Als erster Verwaltungsstellenvorsitzender wurde Kollege Struthmann (Günterode) gewählt, als zweiter Kollege Wörth Hübel (Westhausen), als Kassierer Kollege Heinrich Reich, als Schriftführer Kollege Moys Kape, beide zu Westhausen. Als Revisoren wurden die Kollegen Gustav Rheinländer (Günterode), Joh. Sittig (Westhausen), Philipp Armenbrecht (Heiligenstadt) gewählt. Sämtliche Gewählten versprachen, voll und ganz ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache zu stellen, damit nun auch endlich das Verjaunte wieder nachgeholt würde, denn gerade hier auf dem Höhepunkte bleibt uns noch viel zu wünschen übrig. Hier gilt es, noch manchen für unsere Sache zu gewinnen, der heute noch ganz irriger Meinung ist. Mit einem Hoch auf das Wachsen und Gedeihen der jungen Verwaltungsstelle wurde dann die Versammlung geschlossen.

**Hannover.** Allenfallsen nimmt die christlich-nationale Arbeiterschaft im Deutschen Reich eine hervorragende Stellung gegen die

seitens der Unternehmer gestaute Einfuhrung des Zwangsarbeitsnachweises nach dem Hamburger System ein. Die Generalversammlung des Kartells der christlichen Gewerkschaften Hannover-Linden, die kürzlich im „Kriegsheim“ stattfand, befaßte sich ebenfalls mit dieser Frage. Nach einem Referat des Gewerkschaftssekretärs Mülligen, in welchem die schweren Schäden derzeitiger Arbeitsnachweise für den Arbeiterstand sowie das ganze deutsche Volk kargelegt wurden, wurde ebenfalls das laze Verhalten der Regierung bedauert. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Generalversammlung des Kartells der christlichen Gewerkschaften Hannover-Linden, dem 2500 Mitglieder angeschlossen sind, beurteilt aufs entschiedenste die rigiden Auswüchse, die die einseitigen Zwangsarbeitsnachweise der Unternehmer gezeitigt haben. — Die Versammlung protestiert ebenso entschieden gegen das Bestreben der Unternehmer, diese Zwangsarbeitsnachweise allgemein dem Kapital einseitig dienlich zu machen. Versammelt sind der Ueberzeugung, daß mit diesen Arbeitsnachweisen vom Unternehmertum nichts anderes erstrebt wird, als eine Monopolstellung auf dem Arbeitsmarkte und eine schrankenlose Beherrschung des Arbeitsvertrages die des Arbeiters selbst. Dem Unternehmertum würde durch den geplanten Arbeitsnachweis die Macht gegeben werden: 1. dem Arbeiter die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben, 2. die müßigen Arbeiter dauernd von der Arbeit auszuschließen und hierdurch die Kon-kultionsfreiheit sowie jede Verbindung des Arbeiterstandes zur Regelung seiner wirtschaftlichen Lage zu unterbinden, 3. dem Arbeiter die Freizügigkeit sowie seinen freien Willen über die Verwendung seiner Person zu nehmen, 4. eine Verschiebung der Arbeiter nach den Launen des Kapitals vorzunehmen zu können. Dazu kommt, daß den Arbeitern infolge des geheimen Verfahrens jede Möglichkeit einer Rechtfertigung gegenüber falschen Anschuldigungen genommen ist. Bedenkt man doch, daß durch den Zwangsarbeitsnachweis dem Unternehmertum die Möglichkeit gegeben ist, an Stelle braver deutscher Arbeiter ausländische in beliebiger Anzahl heranzuziehen, so muß sich der deutsche Arbeiterschaft eine Erregung und Verbitterung bemächtigen, die nicht nur für den Arbeiterstand, sondern für das ganze deutsche Volk die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen kann. Aus allen diesen Gründen rufen die Versammelten an alle wohlgesinnten Kreise die Bitte, sich diesem Proteste anzuschließen. Das Arbeitsnachweiswesen ist ein Gebot, daß Unternehmertum und Arbeiterschaft gemeinsam gehört. Die Versammlung erwartet daher, daß baldmöglichst eine gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage auf paritätischer Grundlage unter Verbot aller einseitigen Interessensarbeitsnachweise erfolgt.“

**Hausfeld.** Am 30. Januar hielten wir eine öffentliche Versammlung ab, die von 72 Kollegen besucht war. Kollege Stahl (Jüba) war trotz des schlechten Wetters erschienen. Die Versammlung wurde vom Kollegen Wiltz. Krönung geleitet. Kollege Stahl wies darauf hin, daß am 31. März der jetzige Tarif ablautet und der Arbeitgeberbund in seiner letzten Sitzung am 24. Januar beschlossen hat, an seinen Beschäftigten festzuhalten. Er freiste den Arbeitsnachweis, den uns die Unternehmer aufdrängen wollen. In der Diskussion wies Kollege Hasenauer (Jossa) darauf hin, daß die Kollegen sich alle bereithalten sollten für den Fall eines Kampfes; da müsse jeder Kollege seinen Mann stellen. Da die vorgenommene Hausagitation resultatlos verlaufen ist, so soll nochmals versucht werden, die rückständigen Kollegen an ihre Pflichten zu erinnern. Es sind deren 16. Es wurden die Kollegen Hasenauer, Müßel, Dellinger und Reibert aus Jossa, ferner Martin Alt und Wiltz. Jahn aus Hausfeld gewählt, die diese Aufgabe durchzuführen sollen. Diejenigen Kollegen, welche länger als 9 Wochen rückständig sind und nicht nachbezahlen, sollen bei der Neuaufnahme ein Eintrittsgeld von 1,50 M. bezahlen. Da 17 Kollegen von Jossa erschienen waren, dankte der Vorsitzende für ihr Erscheinen und schloß mit einem kräftigen Hoch auf das Wachsen und Gedeihen des christlichen Bauarbeiterverbandes die Versammlung.

**Hörringen.** Am Sonntag, den 6. Februar, fand unsere Generalversammlung statt, welche sich eines guten Besuches erfreute. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahl. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß wir in diesem Jahre keine Aufnahme, jedoch trotz der Bekämpfung von gegnerischer Seite auch keine Verluste zu verzeichnen haben. Es war für uns eine ernste Zeit. Erst vor einem Jahre gelang es uns, hier eine Jahrestelle zu gründen. Der Vorsitzende gab zunächst einen kurzen Überblick über das verfloffene Arbeitsjahr 1909, danach wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Als Vorsitzender wurde gewählt: Adolf Weber, als Kassierer Johannes Günther, als Schriftführer Kollege Adam Kaufmann und als Revisoren die Kollegen Theobald Paul und Daniel Jelsborn. Der Vorsitzende erinnerte Johann die Kollegen an ihre Pflichten; sie sollen allerorts sich als wahre, echte Mitglieder des Zentralverbandes christlichen Bauarbeiter Deutschlands zeigen, damit, wenn die Zeit uns zum Kampfe fordert, wir gerüstet sind Mann für Mann. Mit dieser Parole schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Ingolstadt.** Am 30. Januar hielt die Verwaltungsstelle Ingolstadt (Bezirk Südbayern) ihre ordentliche Generalversammlung ab. Vorsitzender Kollege Augustin begrüßte eingangs die erschienenen Kollegen. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß im vergangenen Jahre 12 Versammlungen abgehalten wurden, und zwar 9 Monats-, 1 ordentliche und 2 außerordentliche. Diese Versammlungen wurden, von 90 in der Jahrestelle befindlichen Kollegen, durchschnittlich von der Hälfte besucht. Infolge des Winters ging unsere Verwaltungsstelle um zirta zehn Mann zurück, ist aber schon wieder um fünf gestiegen, so daß wir die Winterkrisis bereits als gut überstanden verzeichnen können. Beide vereinigten Jahrestellen zählen am Schlusse des Jahres 1909 110 Mitglieder. An Einläufen usw. waren zu verzeichnen: 22 Briefe, 13 Postkarten und zwei Telephongespräche; Ausläufe: 35 Briefe, 15 Postkarten und ein Telephongespräch. Der Kassenbericht, welcher von den Revisoren geprüft war, wurde von den Kollegen angenommen. In die Zentralkasse wurden im dritten Quartal 222,98 M. eingeschickt, Kassenbestand der Verwaltungsstelle: 189,11 M. Dem Kassierer wurde der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen. Die Unterstützungsvereinigungen des Verbandes bewährten sich reichlich, so daß jeder Kollege mit Recht sagen kann, daß der christliche Bauarbeiterverband auf der Höhe der Zeit steht in puncto Unterstützung. In den Vorstand wurden gewählt: erster Vorsitzender: Josef Augustin, Zimmerer, zweiter: Johann Moh, Bauhilfsarbeiter; erster Kassierer: Clemens Städler, Zimmerer, zweiter: Ludwig Wagner, Zimmerer; erster Schriftführer: Josef Lindauer, Maurer, zweiter: Balthasar Kloiber, Bauhilfsarbeiter; Revisoren: Sebastian Eichhorn, Zimmerer, und Wendelin Reichensacker, Maurer; Vertrauensmann: Josef Kriegel, Bauhilfsarbeiter. Zum Schlusse richtete der Vorsitzende noch herzliche Worte an die Anwesenden, forderte sie auf, durch fleißiges Besuchen der Versammlungen ihr Interesse an dem Verband bezeugen zu wollen, wies hin auf die augenblickliche Lohnbewegung und das Berliner Vertragsmuster mit seinem einseitigen Arbeitsnachweis. Er betonte besonders, daß jeder Kollege in der Agitation tätig sein soll.

**Irheim.** Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Verschiedenes. Unser erster Vorsitzender Jakob Walzer eröffnete die Versammlung mit dem Bedauern, daß sie so schwach besucht war. Den Jahresbericht und Kassenbericht erstattete Kollege Friedrich Joff. Mit Freuden nahm die Versammlung den Bericht entgegen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: als Vorsitzender Jakob Walzer, als Kassierer Friedrich Joff, als Schriftführer Jakob

Karb, als Revisoren Peter Stauter und Heinrich Schönborn. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, in diesem Jahre eifriger für den Verband zu wirken, wie es im verflochtenen Jahre der Fall war. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

**Kreuzberg.** Die Generalversammlung fand am 9. Januar statt. Von 26 Kollegen waren 18 zur Versammlung gekommen. Die Kassenverhältnisse stellten sich wie folgt: Einnahmen im 1. Quartal 91,55 M, Ausgaben 4,87 M; 2. Quartal: Einnahmen 188,80 M, Ausgaben 8,24 M; Einnahmen im 3. Quartal 172,80 M, Ausgaben 7,70 M; im 4. Quartal: Einnahmen 181,25 M, Ausgaben 7,51 M. Die Gesamteinnahmen betragen 634 M, die Ausgaben für Verwaltung 28,32 M. Arbeitslosenmärkte wurden 43 verkauft oder aus 26 Quartal gerechnet 10 2/3 Markten. Die Mitgliederzahl beträgt 20 und ist dieselbe geblieben. Ausgenommen wurden 15 Kollegen, die meist anderen Zahlstellen überwiesen wurden. Die größte Zahl Kollegen gehört dem Verbands seit 1905 und 1906 an. Versammlungen wurden 12 abgehalten, mit 6 Vorträgen. Kollege Schwarz hielt 5 und Kollege Lange 1 Vortrag. Vorstandswahl gingen hervor als erster Vorsitzender Heinrich Schröder, Bismarck, Kreuzberg Str. 18, als zweiter Vorsitzender Chr. Volbrest; zum Kassierer Wilhelm Schröder-Trarar; zu Schriftführern die Kollegen Wihl, Türl und M. Stegmann. Als Revisoren die Kollegen Johann Tups und Johann Stegmann. Wie in früheren Jahren so wurde auch in diesem Jahre auf Anregung des Kollegen Schäfer für die zum Militär eingezogenen Kollegen eine Sammlung veranstaltet, die eine schöne Einnahme brachte. Kollege Lange hielt am Schlusse ein Referat über den Stand der Bewegung, woran sich eine rege Diskussion angeschlossen. Die Verhältnisse an einer Baustelle wurden einer Kritik unterzogen. Die Zahlstelle setzt sich aus den Orten Bismarck, Kreuzberg und Trarar zusammen. Wenn man berücksichtigt die 1/2 stündige Entfernung dieser Orte, so kann der Versammlungsbesuch im allgemeinen ein guter genannt werden. Unorganisierte sind in Trarar wohl noch einer oder zwei, in Kreuzberg 3, in Bismarck ca. 10 Kollegen, diese zu gewinnen, muß unsere nächste Aufgabe sein. Aus kleinen und schwierigen Verhältnissen haben wir die Zahlstelle im Jahre 1908 errichtet, so darf uns auch jetzt kein Opfer zu schwer sein in der jetzigen bewegten Zeit, um die wenigen Unorganisierten noch zu gewinnen. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß jeder Kollege gehalten ist, ein Verbandsprotokoll für 25 Pfennige zu kaufen, um einen Einblick in die Organisation zu bekommen. Auf zur Tat.

**Kreuzdorf (Schlesien).** Am Sonntag, den 30. Januar, hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, zu welcher die Kollegen fast vollständig erschienen waren. Aus dem vom Kollegen Briz erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß, trotz aller Gegenagitation, auch im verflochtenen Jahre Fortschritte zu verzeichnen sind. Es wurden 18 Versammlungen abgehalten, davon 6 in Kreuzdorf, 4 in Schabegur, 3 in Reichthal, 2 in Herzberg und je eine in Witschlaw, Dörnberg und Proschau. Besucht waren dieselben, mit einer Ausnahme, ziemlich gut. — Den Kassenbericht gab Kollege Khamann. Die Einnahme betrug 980,46 M. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 86, davon sind 63 Maurer, 23 Zimmerer und 1 Dachdecker. — In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Johann Hopenki als erster, Johann Pösch als zweiter Vorsitzender; Karl Khamann als erster und Paul Korb als zweiter Kassierer; Joseph Schulz als erster und Georg Helmig als zweiter Schriftführer; Joseph Grzeschniot und Joseph Schelonka als Revisoren; als Vertreter Franz Navrot, Joseph Fidila, Ernst Walter, Karl Vogt, Ignaz Hopenki und Johann Möbner. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Hieraus forderte Kollege Briz alle Anwesenden auf, auch in Zukunft mit aller Kraft für die Ausbreitung unserer Bewegung einzutreten. — Auf Antrag eines Kollegen wurde die nächste Versammlung nach Dörnberg auf Sonntag, den 13. Februar, festgelegt. Nachdem noch einige Angelegenheiten im Hauskassierervereinen erledigt und die Kollegen für starken und eifrigen Versammlungsbesuch aufgefordert wurden, schloß Kollege Briz die imposante Versammlung.

**M. Gladbach.** Am 6. Februar fand unsere Verwaltungskollaborantenkonferenz statt. Auf der Tagesordnung standen 1. Vorstandswahl, 2. Beitragsverhöhung, 3. Verschiedenes. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Arthur Weders, als zweiter Kollege Heinrich Müller und als Kassierer Kollege Anton Thies wiedergewählt. Als Schriftführer wurden die Kollegen Stappen aus Bieren und Patren aus Garbt gewählt. Die Revision der Kasse obliegt den Kollegen Gagen aus Bieren und Palm aus Wegburg. Dann klärte der Vorsitzende die Kollegen über auswärtigen Zahlstellen genügend auf in Bezug auf die Beitragsverhöhung. Nach einer sehr lebhaften Diskussion von Seiten der Kollegen Müller, Gagen und Thies wurde beschlossen, den Beitrag für M. Gladbach um 5 Pfennig zu erhöhen (15 und 55 Pf.), also 15 Pf. Lokalfußschlag, dagegen für die anderen Zahlstellen den bisherigen Beitrag festzuhalten. Unter Verschiedenes wurden vom Kollegen Weder Mißstände in der Allgemeinen Ortskrankenkasse vorgebracht, deren Beseitigung sich die Verwaltung zur Pflicht macht. Nachdem die Delegierten nochmals zur eifrigen Mitarbeit in der Agitation angeregt wurden, schloß der Vorsitzende gegen 9 Uhr die Konferenz.

**Melle i. S.** Am Sonntag, den 23. Januar, fand im Verbandslokal bei Gastwirt Brebemeier die Generalversammlung unseres Verbandes statt, mit folgender Tagesordnung: 1. Quartals- und Jahreskassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Die gegenwärtige Tarifbewegung im Baugewerbe, 4. Verschiedenes. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Math. Brodmeier, woraus an dieser Stelle folgendes hervorgehoben sei: Im Jahre 1909 betrug die Gesamteinnahme 631,75 M, die Ausgabe 596,35 M, bleibt Bestand der Lokalkasse 35,75 M. Die Einnahme ist gegenüber dem Jahre 1908 um 210,55 M gestiegen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1909: 80. Neu aufgenommen wurden 18, übergetreten aus den sozialdemokratischen Verbänden sind 2, abgereicht 5 Kollegen; somit Mitgliederzahl am 1. Januar 1910: 45. In einem Rückblick auf das verflochtenen Jahr wies Kollege Willmann insbesondere auf die Gegner der christlichen Arbeiterbewegung hin und forderte die Kollegen auf, als Vorkämpfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Melle, wie seither, so auch in Zukunft ihren Mann zu stellen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Heinrich Warling als erster, Verb. Bodfläcke als zweiter Vorsitzender, Math. Brodmeier als erster, Joh. Telling als zweiter Kassierer; Franz Brune als erster, Wihl. Pösch als zweiter Schriftführer; als Revisoren wurden die Kollegen Math. Bokrath und Konr. Hönemann gewählt. Die Gewählten gaben das Versprechen, ihre ganze Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Die gegenwärtige Tarifbewegung im Baugewerbe“, referierte Kollege Willmann. Derselbe hob insbesondere den Wert der Tarifverträge hervor, wodurch die Willkür bei einzelnen, worunter der Arbeitgeber weniger, der Arbeiter aber um so mehr zu leiden gehabt habe, gebrochen sei. Die Arbeitgeber im Baugewerbe sehnten sich aber, nach dem neuen Vertragsmuster zu erteilen, nach der früheren Willkür zurück. Nach Beleuchtung des Vertragsmusters und den seither gepflogenen zentralen und örtlichen Verhandlungen forderte er die Kollegen zur Einigkeit und Disziplin auf, damit auch in Melle, wo die Löhne noch so niedrig seien, bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten. Nachdem sich mehrere Kollegen, besonders in letzterem Sinne, ausgesprochen und unter anderem am 1. März einzuführende Bezirksbeitrag noch Erwähnung gefunden, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Mühlhausen i. G.** Die am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags ins Lokal Zehle einberufene christliche Bauarbeiter-

versammlung war überaus stark besucht. Der Referent Kollege Fr. Heinrich verarbeitete sich in längeren Ausführungen über die Lage im deutschen Baugewerbe. Mit sachlichen Argumenten bekämpfte er das von den Unternehmern vorgelegte Vertragsmuster. Besonders scharf wandte er sich gegen die Willkauer Bauunternehmer, die der hiesigen Bauarbeiterchaft gewaltige Verschlechterungen in verschiedenen Punkten, besonders aber in der Lohnfrage bei den Verhandlungen unterbreitet haben. Der Referent verwarf unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die von den Unternehmern verlangten Klassenlöhne, die da lauten nach dem Vorschlag der Arbeitgeber: Für Maurer 50—56 Pf. pro Stunde (bisheriger Lohn 56 Pf.), für Bauhilfsarbeiter 40—46 Pf. (bisheriger Lohn 46 Pf.), für Zimmerer 46—52 Pf. (bisheriger Lohn 52 Pf.). Diese Angebote stellen neben den Klassenlöhnen eine gewaltige Verschlechterung gegen den früheren Zustand dar. Geradezu lächerlich sei, daß die Arbeitgeber die obengenannten Klassenlöhne nur für solche Arbeiter bezahlen wollen, die ihrer Militärpflicht genügt und nicht über 45 Jahre alt sind, sowie daß für Arbeiter unter 23 Jahren und für solche über 45 Jahre der Lohn unter freier Vereinbarung liegen soll. Zum Schluß besprach der Redner die Lage der Mühlhäuser Bauarbeiter, die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung und lieferte den Nachweis durch reichhaltiges statistisches Material, daß das Mühlhäuser, sowie das ganze deutsche Baugewerbe eine Lohnerhöhung tragen könne. Der Referent schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: Wollen die Unternehmer den Kampf, so sollen sie ihn haben, aber unvorbereitet werden sie uns nicht finden. Die sich dem Vortrage anschließende Diskussion war sehr anregend und lebhaft, dem Ernste der Situation entsprechend. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, worin die Versammlung gegen die geplanten Verschlechterungen energisch protestiert und sich verpflichtet, allen Anordnungen von Seiten der Organisationsleitung Folge zu leisten, und für die weitere Stärkung der Organisation Sorge zu tragen.

**Mühlhausen i. G. (Jahresbericht).** Das Berichtsjahr 1909 war für unsere Verwaltungsstelle recht ungünstig. Während wir im Jahre 1908 vor dem wirtschaftlichen Niedergang so ziemlich vorwiegend blieben, stand das Berichtsjahr in außerordentlich hohem Maße im Zeichen der Depression. Das Verschlagen der Konjunktur machte sich schon im Herbst 1908 deutlich bemerkbar, bot aber fast noch allen Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit. Ganz besonders schlecht war die Bauaktivität in diesem Jahre in den Monaten April, Mai, Juni und Juli. Ein großer Teil unserer Kollegen war gezwungen, sich Brot in den umliegenden Ortschaften, sowie in Frankreich und der nahen Schweiz zu suchen. Trotz dieser schlechten Konjunktur hat ein Teil der Unternehmer massenhaft Ausländer, besonders Italiener herangezogen. Ja, manche dieser Herren freuten sich, unsere Kollegen arbeitslos zu sehen. Aus welchem Grunde, ist leicht zu erraten. Diese Sorte von Unternehmern verfolgt mit der Heranziehung fremder Arbeitskräfte einen bestimmten Zweck, nämlich: Die Umgehung der tariflichen Anordnungen! Sie wissen, daß die Italiener (wenigstens der größte Teil derselben) billiger arbeiten wie die Einheimischen, welche befreit sind, die tariflich festgesetzten Lohnsätze hochzuschlagen. Einen Beweis dieser Behauptung, daß der Italiener sich nicht an die Abmachungen hält, liefert uns eine im Juli aufgenommene Statistik. Es wurden danach 74 italienische Maurer in Mühlhausen und Umgebung ermittelt, die für einen Stundenlohn von 48—56 Pf. arbeiteten. Grund- und Bauhilfsarbeiter wurden 104 festgesetzt, die unter dem Tariflohn von 46 resp. 50 Pf. arbeiteten. Bedauerlicherweise ist es diesen Unternehmern auch zum Teil gelungen, die tariflichen Bestimmungen zu umgehen. Wiederholte Versuche, die Italiener auf die Verkehrtheit ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen und sie an die Organisation anzuschließen, scheiterten in den meisten Fällen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen mit den Italienern im ganzen Elsaß ist auch in der Zukunft nichts Gutes zu erhoffen. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der einheimischen Bauarbeiter bleiben, diese Italiener in die Lage einzusetzen zu bekämpfen. Die einheimische Arbeiterchaft hat ein Recht auf Arbeit und Existenz. Das Baudelegiertenkollegium hat im verflochtenen Jahre auch keine Fortschritte gemacht. In Zukunft muß hierin eine Besserung eintreten, wenn wir unsere Stellung den Unternehmern gegenüber nicht verschlechtern wollen. Ein richtig ausgebautes Baudelegiertenkollegium, welches es ermöglicht alle 14 Tage Baudelegierten-Versammlungen abzuhalten, bedeutet zweifellos eine Hauptstütze der Organisation. Bei der heute noch vorhandenen Gleichgültigkeit der Kollegen ist es kein Wunder, daß sich viele Zurückzogene nicht an- und Abreisende nicht abmelden. Kein Wunder, da Wucherkontrollen nicht vorgenommen werden, und daß es manchem Drückerberger möglich war, sich das ganze Jahr an seinen Verpflichtungen vorbeizudrücken. Man braucht sich auch nie zu wundern, wenn unter solchen Umständen die Mißstände auf den Baustellen überhandnehmen und wenn mit Gesundheit und Leben unserer Kollegen geradezu Schindluder getrieben wird. Möchten die Kollegen dafür sorgen, im kommenden Frühjahr auf allen Bauten einen Delegierten zu wählen, damit es uns möglich wird, den noch vorhandenen Mißständen zu begegnen. Die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle hat unsere Hoffnung nicht erfüllt. Sie war infolge der geschäftlichen Geschäftslage sehr gebremst und weist gegen das Jahr 1908 nur eine Zunahme von 25 Mitgliedern auf. Die Mitgliederbewegung zeigt ein schwaches Gepräge. Die Zahl der Mitglieder betrug im 1. Quartal 289, im 2. 318, im 3. 290 und im 4. 285. Der Rückgang im 3. und 4. Quartal findet seine Ursache hauptsächlich durch Mangel an Arbeit. Viele Bauhilfsarbeiter waren gezwungen, sich Arbeit in den Fabriken zu suchen und traten dann in den meisten Fällen in die Zentralarbeiterverbände über. Die Mitgliederbewegung war folgende: Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 53 Mitglieder. Zu uns übergetreten aus anderen Organisationen sind 37. Insgesamt wurden somit 90 Mitglieder gewonnen, von denen aber nur 25 dem Verband erhalten blieben. Bedauerlich ist auch der Mitgliederverlust wegen rückständiger Beiträge. Bezeichnend für einen Teil der Kollegen ist, daß sie immer 6—8, ja sogar 10 Wochen mit den Beiträgen im Rückstand sein müssen. Es war auch nicht möglich am Jahreschluß alle rückständigen Beiträge einzuziehen, obwohl sich Leitung und Hilfskassierer — bis auf wenige Ausnahmen — im Laufe dieses Jahres alle erdenkliche Mühe gegeben haben. Wir wollen hoffen, daß dieses in Zukunft besser wird. Wahrscheinlich haben die nachlässigen Mitglieder bald Gelegenheit zu lernen, daß sie in der Organisation nur dann Rechte beanspruchen können, wenn die Pflichten erfüllt sind. Die Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsstelle stellen sich wie folgt: Für die Zentrale wurden vereinnahmt 4675,90 M. Die Ausgaben betrugen u. a. für Krankenunterstützung 607,30 M, für Sterbunterstützung 138,— M. Die Lokalkasse vereinnahmte 2055,24 M. Die Ausgaben betrugen 1641,45 M. Die agitatorische Tätigkeit war sehr umfangreich. Hausagitationen fanden sechs statt. Die Agitation durch Flugblätter, Sitzungen, Plakate, Mitglieder- und öffentliche Versammlungen war besonders ausgebreitet. Brachte sie nicht den gewünschten Erfolg, so diente dieselbe jedoch in der Hauptfache der Festigung der Organisation. Die Zahl der Agitations- und geschäftlichen Veranstaltungen für die Verwaltungsstelle betrug insgesamt 82. Dieselben verteilten sich folgendermaßen: Besprechungen 9, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen 17, Mitgliederversammlungen 16, Generalversammlungen 3, öffentliche 6. Wegen Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis bei den Unternehmern vorstellig geworden 16 mal. Der schriftliche Verkehr mit den Mitgliedern war verhältnismäßig groß und geradezu unentbehrlich. Es gingen ein: 64 Briefe, 82 Postkarten, 34 Drucksaften, 9 Postanweisungen, 3 Telegramme, 14 Pakete, also insgesamt 206 Eingänge. Versandt wurden 201

Briefe, 93 Postkarten, 2198 Zirkulare und Drucksaften, 6 Pakete, 5 Telegramme, insgesamt 2507 Ausgänge. Die Mitgliedschaft ist ebenfalls recht viel Zeit beansprucht. Es wurden 1. Steuerrekommationen angefertigt und für die Mitglieder die hübsche Summe von 206 M an Steuerermäßigung oder gänzliche Steuerbefreiung erreicht. Weiter wurden 6 Gewerbegerichts-Klagen anhängig gemacht, welche den Mitgliedern den zum Teil gefährdeten Lohn sicherten, oder wodurch dieselben das zu unrecht abgezogene Geld zurückbekamen. Die hierbei erreichte Summe betrug 219 M. Mit dem Bauarbeiterschutz steht es im ganzen Oberrhein recht mangelhaft aus. Das Oberelb bleibt sowohl in technischer wie auch in sanitärer Beziehung weit hinter den einfachsten Anforderungen zurück. Nicht unerwähnt soll dabei bleiben, daß die Kollegen einen erheblichen Teil Schuld selbst tragen, indem sie die Bestimmungen in vielen Fällen nicht beachten. Eine gründliche Reform des Bauarbeiterschutzes anzustreben, wird ebenfalls eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft sein. Was die gegnerische Organisation anbetrifft, so haben dieselben es auch im Berichtsjahre an Verleumdungen und Terrorismus nicht fehlen lassen. Nun, wie sind von den Mühlhäuser „Genossenführern“ manches gewöhnt. Was dieselben aber in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres geleistet haben, übertrifft denn doch alle Grenzen. Die schäblichsten und erbärmlichsten Mittelchen wurden angewandt, um unser Ansehen und das Vertrauen gegenüber der Arbeiterchaft zu untergraben. Vor Denunziationen sind diese jedoch nicht zurückgeschreckt. Nun, lassen wir ihnen das Vergnügen, denn nach „Mautschys Moral“ sind sie dazu verpflichtet, so zu handeln. — Die Mühlhäuser „Genossenführer“ sind ja „echte“ Marxisten, somit Anhänger Kantstus. Mögen nun mit Beginn des Frühjahrjahres alle unsere Mitglieder mit neuem Lebensmut an die Arbeit gehen, um unsere Position noch mehr zu festigen, damit wir stark genug werden, das uns gestohlene Ziel zu erreichen. Der laue Zug, welcher heute noch unter manchen Kollegen weht, muß verschwinden, wenn wir weiterkommen wollen! Insummengefaßt bedeutet das Berichtsjahr wieder einen kleinen Fortschritt, trotz aller Hindernisse. Ein Erfolg ist und bleibt es trotz alledem, daß es dem christlichen Bauarbeiterverband gelungen ist, in der äußersten süddeutschen Grenzstadt des Deutschen Reiches über eine so ansehnliche Zahl gesicherter und geschützter Kämpfer zu verfügen. Mögen die anderen Städte im Elsaß und Baden folgen.

**Neustadt (Westph.).** Am 2. Januar hielt die Zahlstelle der Maurer ihre Generalversammlung unter folgender Tagesordnung ab: 1. Jahresbericht, 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1909, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende. Es fanden 24 Versammlungen statt, in denen 15 Vorträge gehalten wurden. Der Versammlungsbesuch war sehr mäßig. Hierauf erstattete der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1909. Da diese von den Revisoren für richtig erklärt wurde, konnte die Entlastung erteilt werden. Punkt 3 „Vorstandswahl“ mußte vertagt werden, weil die Versammlung nur von 16 Kollegen besucht war. In der Versammlung am 16. Januar wurde der Vorstand außer dem ersten Vorsitzenden gewählt, da von den 18 anwesenden Kollegen keiner den Vorjoh übernahm wollte. Die Wahl wurde auf Dienstag, den 1. Februar, vertagt. In dieser Versammlung gelang es unserem Bezirksleiter, Kollegen Müller, welcher erschienen war, den Kollegen Leo Behmann zu bewegen, den Vorjoh zu übernehmen. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Leo Behmann erster, Konrad Pöple zweiter Vorsitzender; Joseph Janelka erster, Leo Dietze zweiter Kassierer; Franz Boile erster, August Tobias zweiter Schriftführer; als Revisoren wurden die Kollegen W. Manilla, J. Schwaner und J. Kopitzke gewählt. Mögen die Kollegen in dem neuen Vorstand hilfreich zur Seite stehen und im neuen Jahre die Versammlungen zahlreicher besuchen, zum Segen unserer Zahlstelle, damit sie wachsen, blühen und gedeihen möge. (Anmerkung d. Red.: Mit dem Wachsen, Blühen und Gedeihen wird es wohl gute Weile haben, wenn die Neustädter Kollegen kein besseres Interesse für die Organisation an den Tag legen. Aus diesem Bericht spricht ja eine Trostlosigkeit, wie sie nicht größer gedacht werden kann.)

**Oberrhein.** Auf der Tagesordnung unserer Generalversammlung standen: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Wahl zweier Delegierter zur Konferenz, 4. Verschiedenes. Zunächst wies Kollege Pitton einen kurzen Rückblick auf das verflochtenen Jahr. Er begrüßte die heimgerechten Kollegen und hieß sie alle herzlich willkommen. Weiter hob er den Rückgang in unserer Zahlstelle hervor, da uns in diesem Jahre viele Kollegen den Rücken gefehert hätten. Er ermahnte deshalb die Kollegen, eifrig die Versammlungen zu besuchen und durch eifrige Agitation die verlorenen Mitglieder dem Verbands wieder zurückzuführen. Alsdann verlas unser Kassierer den Kassenbericht. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: Wilhelm Pitton als erster und Wilhelm Schmor als zweiter Vorsitzender, Wilhelm Pösch als erster und Joseph Spani als zweiter Schriftführer, Georg Schneider als Kassierer, Peter Krämer, Joseph Krämer und Wilhelm Thomas als Revisoren. Als Delegierte zur Konferenz wurden Joseph Krämer und Wilhelm Pitton gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ entsfaltete sich eine lebhafte Diskussion. Es liefen zwei Anträge ein: der erste, das Eintrittsgeld für Neuaufnahmen auf 50 Pf. und das für wiederholt beizutretende Mitglieder auf 1,50 M zu erhöhen. Der zweite Antrag forderte, eine Kommission zu wählen, bestehend aus zwei Mitgliedern, welche Hausagitation vornehmen sollen. Beide Anträge gelangten einstimmig zur Annahme. Es wurden die Kollegen Joseph Krämer und Franz Pösch für die Hausagitation benannt. Beide versprachen, alles zu tun, was in ihren Kräften stünde, um die ausgetretenen Mitglieder dem Verbands wieder zurückzuführen. Unser Vorsitzender Kollege Pitton ermahnte nochmals die Kollegen, eifrig zu agitieren, um das Verlorene wieder zurückzuerobieren. Hierauf schloß er mit einem Hoch auf das Wachsen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaften die lebhafteste Versammlung.

**Stummspringe.** Am 10. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Zunächst erstattete der Kassierer die Abrechnung. Die Einnahme betrug für die Zentralkasse 146,50 M, für die Lokalkasse 25,55 M; Ausgabe für die Lokalkasse 5,70 M, Kassenbestand der Lokalkasse 20,15 M. Dem Kassierer wurde die Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Gustav Eberhard als Vorsitzender, Ferdinand Eberhard als Kassierer, Johannes Steimes als Schriftführer, Wolf Kirchner und Wolf Jakob als Revisoren gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurden noch einige Angelegenheiten erledigt und die Versammlung geschlossen.

**Mühlheim.** Am Sonntag, den 23. Januar, hielt die Verwaltungsstelle Schweinfurt-Mühlheim ihre Generalversammlung mit Neuwahl ab, welche sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht vom 4. Quartal 1909 und Jahresbericht der Zahl- und Verwaltungsstelle, 2. Tätigkeitsbericht, 3. Neuwahl, 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt erstattete der Kassierer, Kollege Kraus, Bericht, wonach die Jahreseinnahme 970,25 M betrug. An die Hauptkasse wurden 606,31 M abgeschickt. Die Lokalkasse schloß ab mit 117,77 M Einnahmen, 66,53 M Ausgaben, so daß für die Lokalkasse 51,24 M verblieben. Es wurde dem Kassierer hierauf die Entlastung erteilt. Zum zweiten Punkt: „Tätigkeitsbericht“ nahm der Vorsitzende das Wort. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 49; Versammlungen wurden 13 abgehalten, welche im Durchschnitt schlecht besucht waren. An Schlichtungskommissionssitzungen waren wir zweimal beteiligt. Die Verhandlung am 12. Januar betr. Tarifvertrag ist gescheitert, da uns ein Angebot mit

Lohnreduzierung gemacht wurde. Beim dritten Punkt: „Neuwahl“ wurde per Akklamation gewählt. Aus der Wahl gingen hervor: Dionys Lender erster, Karl Keller zweiter Vorsitzender, Johann Kraus Kassierer, Johann Kraus Hauskassierer, Joseph Keller erster, Karl Lender zweiter Schriftführer; als Revisoren Joseph Bayer und Anton Gollbach, als Schlichtungskommissionenmitglieder Dionys Lender, Karl Keller, Anton Dillg. Sämtliche Kollegen wurden wiedergewählt und seitens des Vorsitzenden ermahnt, fleißig weiter zu arbeiten. Zum vierten Punkt: „Verständenes“ wurden einige Mängel innerhalb der Verwaltungsfeststellung besprochen, und hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Appell, für die Zukunft fleißig zu agitieren, die Versammlung.

**Schneidmühl.** Am Sonntag, den 30. Januar, hielt unsere Jahreshauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verstandenes. Aus dem vom Schriftführer erstatteten Jahresbericht ist zu ersehen, daß die Mitgliederzahl sich verdoppelt hat, so daß wir jetzt 23 Zimmerer und 32 Maurer zählen. An die Hauptkasse wurden 607,95 M für verkaufte Marken gesandt. Die Kasse hat einen Bestand von 126,54 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Franz Wojewski als Vorsitzender, Joh. Nadtke als Kassierer, Aug. Freyer als Schriftführer, Michael Wötcher, Anton Gerth, Meiners Brellwitz, Franz Sabingki als Revisoren, Emil Schönle als Kolporteur. Unter „Verständenes“ wurde der stau Besuch der Versammlungen gerügt.

**Schönlank.** Am Sonntag, den 30. Januar, fand im Lokal des Herrn Seege unsere Generalversammlung statt. Als Referent war Kollege Kitzelt aus Posen erschienen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Abrechnung vom vierten Quartal, 4. die Tarifverhandlungen. Der Vorsitzende Bombrowski eröffnete die Versammlung mit dem Bedauern, daß die Jahreshauptversammlung dieses Jahr an Mitgliedern so sehr gesunken ist. Dieses ist meistens auf die schlechte Baution am Orte zurückzuführen. Die meisten Mitglieder mußten sich anderwärts Arbeit suchen. Der größte Mitgliederverlust ist zu verzeichnen in den Dörfern Theresia und Radolin. In Theresia wäre der Mitgliederverlust nicht so groß gewesen, wenn der Hauskassierer mehr auf dem Posten wäre. Mitgliederversammlungen fanden 17 statt, von denen 14 ziemlich gut besucht waren; drei konnten gar nicht eröffnet werden, weil zu wenig Kollegen da waren. Mögen sich die Kollegen im neuen Jahre eifriger an den Versammlungen beteiligen. Zu Punkt 2, Wahl des Vorstandes, wurden folgende Kollegen gewählt: Adolf Bombrowski erster, Paul Kühn zweiter Vorsitzender; zum Kassierer Bernhard Sümmit, zum Schriftführer Kollege Wilhelm Wiskner und zu Revisoren Richard Proh und Wilhelm Wiskner. Als Hauptkassierer für Schönlanke Paul Wiskner und für Theresia der Kollege Paul Wiese. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprochen, alles nach ihren Kräften zu tun, um die Zahlstelle wieder hochzubringen. Zu Punkt 3, Abrechnung vom vierten Quartal, erstattete der Kassierer Sümmit den Kassenbericht, der für richtig befunden und ihm darauf die Entlastung erteilt wurde. Zu Punkt 4 erteilte der Vorsitzende dem Referenten das Wort. Er hielt einen lehrreichen Vortrag, in dem er die Zwangsarbeitsnachweise der Unternehmer beleuchtete. Die Bestrebungen seien darauf gerichtet, die Arbeiter in der Baugewerbe zu knechten. Die Tarifverhandlungen, die bis jetzt in der Provinz Posen stattgefunden haben, sind bis jetzt sämtlich rezeptlos verlaufen. Zum Schluß seines Referats forderte er die Kollegen auf, treu zu arbeiten in der Organisation und fest zu stehen in den Reihen, wo wir so lange gestanden haben, dann werden wir den Kampf, der uns bevorsteht, siegreich überwinden. Im Schlußwort appellierte der Vorsitzende an die Kollegen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis wir die Mitgliederzahl 100 wieder erreicht haben.

**„Ein christlicher Denunziant“.**

Unter dieser gewiß „geschmackvollen“ Stichmarke teilt der „Grundstein“ in seiner Nr. 5 mit, in Lüdenscheid habe das Vorstandsmittglied M. Molter unseres Verbandes an den Bauunternehmer F. folgendes Schreiben gerichtet:

„Gehörter Herr Feldmann!  
Der Maurer Michael Weigel verteilte diese Woche Plakate über die Lohnbewegung und ruft Versammlungen in Lüdenscheid und Umgegend ein, in welcher sich derselbe als redner anpreist. Da derselbe bei ihren Arbeit mache ich ihnen darauf aufmerksam es ist ein ganz gemeiner Aufwiegler er sucht nach allen regeln der Kunst die Maurer gegen die Meister aufzuhetzen auch gegen Sie. Hoffentlich können Sie ihre Arbeit auch noch ohne diesen radikalen Sozialisten fertig bekommen derselbe ist einer welcher die Gesellschaftsordnung zerrüttern will.  
Nikolaus Molter.“

Die Hjerlochner „Vollstimme“ brachte die Mitteilung unter der Überschrift „Der größte Dumy im ganzen Land“. Kollege Janz-Sagen schreibt dazu im „Märkischen Volksblatt“ (Nr. 22 v. 28. Januar):

„Bei den Bauunternehmern Feldmann u. Co. - Lüdenscheid ist eine Karte eingelaufen, nach welcher der Maurer Michael Weigel als Heber und vergleichen bezeichnet wurde, die Karte ist nach Angabe (!) unterzeichnet mit Nikolaus Molter; gesehen haben die Genossen die Unterschrift allerdings nicht, da dieselbe von dem Bauunternehmer Feldmann von besagter Karte abgetrennt wurde.“

Molter befreit mit aller Entschiedenheit der Schreiber genannter Karte zu sein, und es wird kein vernünftiger Mensch sagen können, daß die christl organisierten Bauarbeiter Ursache haben, diesem ihrem Kollegen, welcher als ehrlicher und bescheiden Arbeiter bekannt ist, etwa weniger zu glauben als den Augenzeugen von der roten Souleure. Die Leitung der christlichen Organisation verurteilt auf entschiedene Weise eine derartige Handlungsweise wie mit besagter Postkarte, sie würde auch keinen Augenblick darüber im Zweifel lassen, daß ein solcher Kollege aus der Organisation auszuschließen sei. Von dem in der „Vollstimme“ benannten Sekretär Janz aus Sagen wurde dann auch zur Unterstutzung des Falles eine gemeinsame Sitzung beantragt, um zu beraten, was zur Klärung obiger Angelegenheit zu unternehmen sei.

Sie sind uns aber in dieser Sitzung klar geworden, daß den Genossen gar nichts an einer Aufklärung liegt, denn sonst ginge ihnen ja unter Umständen dieses hübsche agitatorische Mittelchen verloren und das wäre doch schade!

Wir wären unseren roten Freunden dankbar, wenn sie uns Gelegenheit gäben, die Angelegenheit am Gerichte zum Ausiragen zu bringen, zumal es ja der Genosse Weigel ist, welcher der Verleumdete und Beleidigte ist!

Allerdings dürfen die Genossen nicht erwarten, daß wir gegen sie den Zivilprozessweg beschreiten, denn wir haben wirklich keine Lust, nachher bei einer Verurteilung des Genossen, auch noch die Gerichtskosten zu bezahlen, wie es uns bei einem früheren Prozeß bereits passiert ist, bei welchem ein Lüdenscheider Genosse auch nicht wegen Ehrlichkeit von uns verklagt war. Es ist doch auch wirklich zu dumme, zu glauben, daß ein lang-

jähriger Gewerkschaftler eine solche Karte schreiben würde und mit seiner Unterschrift versehen sollte, wo er sich doch sagen muß, daß der Unternehmer von dieser Karte Gebrauch mache und besonders in der jetzigen Zeit, wo es jeden Bauarbeiter freuen muß, wenn sich die Bauarbeiter gegenseitig zerfleischen; wirklich ein herrliches Bild für die kommende Lohnbewegung im Baugewerbe. Dieserhalb bedauern wir diesen und jetzt aufgezogenen Kampf.

Solange nun in dieser kritischen Angelegenheit eine gerichtliche Klärung nicht geschaffen ist, erklären wir den Artikelsschreiber der „Vollstimme“ für einen Leichtsinigen Älger und Verleumder. (Auch wohl den im „Grundstein“. D. N.)

Die Karte an den Unternehmer Feldmann kann von einem jeder Organisation Fernstehenden geschrieben sein, welcher als Unterschrift den Namen unseres Kollegen Molter mißbrauchte. Oder was wohl am ersten möglich ist, daß sich der Maurer Weigel selbst denunzierte, um sich in den Geruch eines sozialdemokratischen Märtyrers zu setzen, was nicht das erstmal auf sozialdemokratischer Seite zu finden ist.

Bei gemeinsamen, ehrlich gemachten Untersuchungen würde es vielleicht gelungen sein, den Schreiber der schamhaften Postkarte herauszufinden. Doch darauf kommt es den Genossen gar nicht an. Sie handeln nach dem Grundsatz: Lüge nur feste darauf los, es klebt immer etwas hängen.

Der „Grundstein“ wird sich mithin noch einmal in Lüdenscheid erkundigen müssen. Vielleicht werden ihm dann die „Früchte sozialdemokratischer Erziehung“ etwas offenkundiger. Die „neueste Probe christlicher Solidarität“ wird dann ein oder anderen Aufbruch erhalten. Und Klärung wünschen auch wir.

**Die Bundesratsverordnung für die Großeisenindustrie**

nehmen die Herren vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in einer Generalversammlung vom 23. Nov. vor. Jahres zum Anlaß eines Gesuches an den preuß. Handelsminister Schow. Wie nicht anders zu erwarten war, verschoben die Eisenindustriellen den Herrn Minister scharf zu machen gegen die geringfügigen Verbesserungen (Regelung der Pausen, Nachtruhe, Sonntagsarbeit), welche für die Hütten- und Walzwerksarbeiter in der Verordnung vom 19. Januar 1909 enthalten sind. Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands hat sich um das Zustandekommen dieser ersten gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit in Hüttenbetrieben besonders bemüht. Mit welchen unwahren Motiven in der Eingabe gegen die Schutzbestimmungen scharf gemacht wird, beweist folgende „Begründung“ in der Eingabe (Stahl u. Eisen 26, 1. 1910):

„Die Ursache, weswegen für lange Pausen seitens der sozialdemokratischen, der organisierten Arbeiterchaft gekämpft wird, liegt überhaupt nicht auf dem Gebiete des Schutzes der Gesundheit. Die langen Pausen werden vor allem von den Gewerkschaften aus taktischen Gründen gefordert. Während der Arbeitszeit darf eine Agitation unter den Arbeitern nicht stattfinden, sie kann während der Arbeit auch wohl kaum ausgeübt werden; in diesen Pausen jedoch liegt die Sache wesentlich anders. In dieser Zeit kommen die Arbeiter in größeren Trupps in den Arbeitsräumen zusammen, und dort kann ungestört die Pause zur Agitation, zur Werbung und dergleichen mehr benutzt werden. Diejenigen Arbeiter, die nicht mitmachen wollen, werden so behandelt, daß sie aus kameradschaftlicher Rücksicht bald der Gewerkschaft beitreten oder die Aufenthaltsräume meiden.“

Die Tendenz dieser Zeilen tritt um so mehr hervor, wenn man berücksichtigt, daß von 244 720 in Hütten-, Stahl- und Walzwerken (1907) beschäftigten Arbeitern, kaum 12 000 den gewerkschaftlichen Organisationen angehören. Wie bitter ernst es den Arbeitern sein muß, auf mehr Schutz für Leben und Gesundheit Anspruch zu erheben, zeigen die Unfallzahlen der „Rheinisch-Westfäl. Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft“ (1908). Bei 165 368 beschäftigten Personen kamen 28 492 Unfälle vor, das ist pro 1000 Arbeiter 172 Unfallverletzte. Jeder fünfte Mann wurde im Jahre 1908 bei seiner Arbeit verletzt. Die Sektion Eisen hat sogar 206 Unfälle auf 1000 Arbeiter. Seit dem Jahre 1885 hat sich die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle mehr als verdreifacht. Daß nicht gewerkschaftsagitatorische Gründe, sondern Forderungen der Menschlichkeit hier die treibende Kraft darstellen, beweisen die angegebenen Zahlen.

Von dem Geiste, der aus den angeführten Zeilen spricht, ist die ganze Eingabe getragen. Die Verfassbesitzer sind gegen alle die geringfügigen Pflichten, welche ihnen durch die Bundesratsverordnung auferlegt wurden. Als Grund für deren weitere Einschränkung geben sie an:

„In ihrem eigenen Interesse werden die Leute danach streben, daß die natürlichen (durch die Arbeit gegebenen. D. W.) Pausen nicht in die festgelegten (durch Bundesrat. D. W.) Pausen fallen. Auf diese Weise vermögen sich die Arbeiter die Pausen nach Belieben zu verlängern.“

Zu Wirklichkeit ist besonders den Walzwerksarbeitern auch heute, infolge der Ausnahmen, die vom Bundesrat zugelassen werden, zur Einnahme des Mittagessens kaum eine halbe Stunde freigegeben. Die unzähligen Aufseher, Vorarbeiter, Meister und andere Angestellte in den Betrieben der großen Werke sorgen schon dafür, daß die Arbeiter „nach Belieben“ keine Pausen haben werden. Ueber die angeleitete Achtstunden-Arbeit für die schwere Hüttenarbeit wird gesagt, daß bei deren Einführung die deutsche Industrie nicht mehr konkurrenzfähig sei gegenüber dem Ausland. Wer die riesengewinnende der Aktiengesellschaften in der Großeisenindustrie kennt, begründet die Sinnlosigkeit dieser Behauptung. Hoffentlich ist die Regierung nicht bereit, die geringfügigen Verbesserungen für die Hütten- und Walzwerksarbeiter, die in der Bundesratsverordnung enthalten sind, auf den Wunsch der Herren vom „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ hin wieder aufzugeben.

Die Hüttenarbeiter aber mögen aus dem Vorgehen dieser Arbeitgeber die Lehre ziehen, daß für sie eine starke Berufsorganisation dringend nötig ist. Der christliche Metallarbeiterverband, der heute schon über ein Vermögen von ¼ Million Mark verfügt, bietet den Hüttenarbeitern Schutz und Hilfe.

**Soziale Rechtsprechung.**

Vor dem Gewerbegericht zu Grefeld klagte am 1. Februar, wie wir der Tagespresse entnehmen, ein Maurer gegen eine Firma auf Zahlung von 34,60 M an rückständigem Lohn. Der Kläger hatte für die Stunde Arbeitszeit 55 Pf. erhalten. Er beanpruchte indessen den tariflichen Lohn, weil die Firma dem Deutschen Arbeitgeberbunde angehöre und in einer Sitzung der Schlichtungskommission der Maurer verpflichtet worden sei, die Löhne nach dem Tarif zu zahlen. Der Vertreter der klagenden Firma machte vor Gericht geltend, daß bei der Firma, was dem Kläger durch seinen Vertreter mit den übrigen Arbeitern bekannt sein müsse, seit langer

Zeit 55 Pf. Stundenlohn bezahlt würden. Der Kläger sei bei der Abteilung Tiefbau der Firma beschäftigt. Diese Abteilung sei eine selbständige Firma und gehöre nicht dem vom Kläger angeführten Arbeitgeberbunde an. Daher kämen für sie die Bestimmungen des Tarifs nicht in Betracht. Die Schlichtungskommission indessen, die im Arbeitnehmerverband für die Maurergewerbe eingerichtet ist, hat, wie ein Mitglied der Kommission aussagte, festgestellt, daß die Firma Mitglied des Arbeitgeberbundes sei und daher nicht das Recht habe, Bestimmungen mit den Arbeitern zu treffen, die vom Tarif abweichen. Nach langer Beratung entschied jedoch das Gericht in anderem Sinne. Es wies die Klage mit der Begründung ab, es sei gleichgültig, ob die Firma Mitglied des Arbeitgeberbundes sei oder nicht. Sie sei berechtigt, vom Tarif abzuweichen. Leider ist eine Berufung gegen das Urteil nicht möglich, da die Klagesumme unter 100 M beträgt. Dieser Fall beweist wieder, wie unterschiedlich die Gewerbegerichte hinsichtlich der tariflich festgesetzten Löhne urteilen. Das Grefelder Gewerbegericht scheint auch nicht an fortschrittlichsten zu sein. Durch solche Urteile wird der Wert des Tarifvertrages stark beeinträchtigt.

**Von den Arbeitsstellen.**

**Groß-Auheim, 8. Februar.** Ein schweres Unglück hat sich heute hier ereignet. Während auf den Straßen ein reges Fahrgaststreben herrschte, stürzte gegen 1/5 Uhr die Vorderfront der im Neubau begriffenen evangelischen Kirche über dem Portale in Höhe von acht Meter zusammen. Sie ritz das davor befindliche Gerüst, auf dem der Arbeiter beschäftigt waren, mit in die Tiefe. Unter und zwischen den Trümmern fand man die Schwerverletzten. Tot war sofort der Maurer... Erhard Schneider von Langensfeld, ein verheirateter Mann und Vater von drei Kindern; sehr schwer verletzt wurde der Maurer Friedrich Ungermann aus Langensfeld, dem der Schädel zertrümmert ist und ein schwerer Stein auf die Brust fiel. Ferner wurde schwer verletzt der Maurer Friedrich Rad aus Langensfeld. Am besten kam noch der Maurer Eduard Schilling aus Mettmittlau bei diesem gräßlichen Unglück davon, der leicht am Kopf und Bein verletzt wurde. Rasch wurde der in der Nähe wohnende Arzt Dr. Freisfeld benachrichtigt, der auch die erste Hilfe leistete. Man brachte die Verunglückten in der Kubaube unter, bis die Krankenwagen von Janau eintrafen. Die am Bau beschäftigten Leute versicherten, daß die in halber Höhe eingefällte Stirnwand in der Mitte herausgeworfen ist. Die Steinmassen durchschlugen das ganze Gerüst. Die dicksten Gerüststangen wurden wie Streichhölzer geknickt und gebrochen und liegen jetzt als ein Trümmerhaufen vor der Kirche. Der Bau der Kirche unterstand staatlicher Aufsicht; Bauunternehmer ist Herr Maurermeister Beter-Groß-Auheim. Die sofort veranlaßte Untersuchung dieses Unglücks wird wohl Aufklärung über die Ursache bringen.

**Briefkasten.**

An Verschiedene. Auf mehrfache Anfragen teilen wir mit, daß sowohl Mitgliederversammlungen wie auch öffentliche unseres Verbandes nicht der Polizei angemeldet werden brauchen.

**Literarisches.**

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1910 ist völlig fertig, wegen der vorgezogenen Zeit empfindet sich ein Neudruck nicht mehr, sollten an einigen Stellen noch Jahrbücher 1910 vorhanden sein, für die voraussichtlich kein Absatz zu erzielen ist, so bitten wir die Kollegen, sich mit dem Gewerkschaftsverlag zu verständigen. Als Ersatz für das diesjährige Jahrbuch empfehlen wir die Taschenbücher für katholische und evangelische Arbeiter, welche zum Preise von 60 Pf. (portofrei 60 Pf.) bei dem Gewerkschaftsverlag zu beziehen sind.

**Berichtigung.**

In dem Bericht von Rügge in Nummer 5 der „Baugewerkschaft“ ist richtigzustellen, daß die Entschädigung für den Kassierer 6,25 M und für den Vorsitzenden 3,00 M beträgt. In dem Bericht von Riedelbrechen in der gleichen Nummer muß es anstatt Heinrich Stein Heinrich Neu heißen. In dem Bericht aus Königsberg muß es „von 4 Quartale“ heißen.

**Bekanntmachungen.**

Das italienische Organ „Italiano in Germania“ wird von nächster Woche ab direkt von der Zentrale Berlin verfaßt. Um unnötigen Verschleiß zu vermeiden, ersuchen wir alle Verwaltungs- und Zahlstellen, die notwendige Anzahl des Organs sofort bei uns zu bestellen. Wo eine Neubestellung nicht erfolgt, wird die weitere Sendung eingestellt.

Der Zentralvorstand. J. Wiedberg.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 136 128, von der Zahlstelle Steinhagen.

**Achtung! Verwaltungsstelle M.-Gladbach.**

Der Vorsitzende Arthur Beders wohnt Rheydter Straße 161 und sind Anfragen und Beschwerden an diesen zu richten. Auskunft über Kranken- und Invalidenversicherung, sowie über gewerbliche Fragen abends von 7-9 Uhr.

Die Adresse des Vorsitzenden der Revisions- und Beschwerdekommision ist August Schönleas, Königsberg i. Pr., Ulsterstraße 60 II, Telefon Nr. 1449.

**Achtung! Verwaltungsstelle Siegen.**

Das Bureau unseres Verbandes befindet sich ab 1. März 1910 Sandstraße 36, gemeinsam mit dem Metallarbeiterverband. Alle Sendungen und Anfragen an die Verwaltungsstelle sind von da an nach dort an den Unterzeichneten zu richten. Zurreisende Kollegen wollen sich dortselbst anmelden.

Der Vorstand. J. V.: Karl Hillenbrand.

**Sterbetafel.**

Am 7. Februar starb unser Mitglied Josef Böker aus Algenmissen im Alter von 20 Jahren infolge Lungenkrankheit. Derselbe war ein treues Mitglied unserer Zahlstelle.  
Zahlstelle Algenmissen.  
Ehre seinem Andenken!